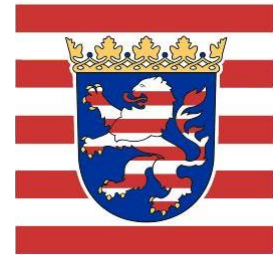




HESSEN



Bericht aus Brüssel

19/2022 vom 14.10.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	10
Energie.....	11
Digital.....	15
Forschung.....	16
Finanzdienstleistungen.....	17
Finanzen.....	18
Soziales.....	19
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	20
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	24
Justiz.....	26
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	29
Veranstaltungen.....	31
Vorschau.....	33

Europäischer Rat; Informelle Tagung am 07.10.2022

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich am 07.10.2022 in Prag zu einem informellen Gipfel getroffen um unter anderem über Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf die Energieversorgung in Europa, einschließlich seiner wirtschaftlichen Auswirkungen, zu beraten. Hier standen vor allem die Themen Energiekrise und weltweite Krise der Ernährungssicherheit im Vordergrund. Ebenfalls erörterten sie die zuletzt beschlossenen Sanktionen gegen Russland. Weiterhin gingen sie auf die finanzielle, militärische sowie humanitäre Unterstützung der EU für die Ukraine sowie die Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine ein. Die Staats- und Regierungschefs der EU bekräftigten ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Ukraine und erklärten, dass sie der Ukraine so lange wie nötig zur Seite stehen würden. Die Staats- und Regierungschefs stimmten dem Vorschlag von Präsident Michel zu, Thérèse Blanchet zur neuen Generalsekretärin des Rates zu ernennen. <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/10/07/>

Erste Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Am 06.10.2022 kamen auf der ersten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) Staats- und Regierungschefs und Führungsspitzen aus ganz Europa zusammen. Ziel der EPG soll es sein, den politischen Dialog und die politische Zusammenarbeit zur Behandlung von Fragen von gemeinsamen Interesse zu fördern und die Sicherheit, die Stabilität und den Wohlstand auf dem europäischen Kontinent zu stärken. Auf der ersten Tagung wurde sich vor allem mit den Themen Frieden und Sicherheit, insbesondere angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der Energiekrise befasst. Teilgenommen haben die 27 Mitgliedstaaten (MS) der EU sowie Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, das Kosovo, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, die Schweiz, die Türkei, die Ukraine, GBR, die Präsidentin der Kommission und der Präsident des Europäischen Rates. Die nächsten Tagungen der EPG sollen in Moldau, ESP und GBR stattfinden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2022/10/06/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; 8. Sanktionspaket gegen Russland

Der Rat hat am 06.10.2022 ein achttes Paket von Sanktionen gegen Russland wegen seiner Aggression gegen die Ukraine angenommen. Das Paket sieht neue Einfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen vor. Die zusätzlichen Einfuhrbeschränkungen in Höhe von fast 7 Mrd. EUR umfassen unter anderem Fertig- und Halbfertigerzeugnisse aus Stahl, Maschinen und Geräte, Kunststoffe, Fahrzeuge, Textilien, Schuhe, Leder, Keramik, bestimmte chemische Erzeugnisse und nicht aus Gold gefertigter Schmuck. Die Ausfuhrbeschränkungen wurden ergänzt, um den Zugang Russlands zu militärischen, industriellen und technologischen Gütern sowie die Entwicklung des Verteidigungs- und Sicherheitssektors einzuschränken. Dazu gehört das Verbot der Ausfuhr von Kohle, spezifischer in russischen Waffen verbauter elektronischer Komponenten, technischer Güter, die im Luftfahrtsektor verwendet werden sowie bestimmter Chemikalien. Das Paket soll auch die Grundlage für den erforderlichen Rechtsrahmen bilden, um die von den G7-Staaten vorgesehene Ölpreis-Obergrenze umzusetzen. Zusätzlich zum EU-Einfuhrverbot für russisches Rohöl auf dem Seeweg

soll diese Preisobergrenze, sobald sie eingeführt ist, ermöglichen, dass europäische Marktteilnehmer russisches Öl in Drittländer transportieren und den Transport unterstützen, sofern sein Preis unter einer im Voraus festgelegten Obergrenze bleibt. Um den Preisdeckel auf russische Öllieferungen endgültig umzusetzen, müssen die Mitgliedsstaaten (MS) sich dann noch einmal einstimmig darauf einigen. Das Paket sieht ebenfalls zusätzliche Beschränkungen für staatseigene russische Unternehmen vor und verbietet zum Beispiel EU-Bürgern, Ämter in Leitungsgremien bestimmter Unternehmen auszuüben. Im Bereich Finanz-, IT-Beratungs- und sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden unter anderem die bestehenden Verbote von Kryptowerten verschärft und der Umfang der Dienstleistungen, die nicht mehr für in Russland niedergelassene juristische Personen erbracht werden können, ausgeweitet. Der Rat hat im Rahmen des Sanktionspakets ebenfalls beschlossen, restriktive Maßnahmen gegen weitere 30 Personen und Sieben Einrichtungen zu verhängen. Dazu gehören diejenigen, die dies Schein-"Referenden" in vier ukrainischen Regionen organisiert haben, hochrangige Beamte des russischen Verteidigungsministeriums und prominente Propagandisten, die Desinformationen verbreiten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/06/latest-package-of-sanctions-in-view-of-russia-s-escalating-aggression-against-ukraine-eu-adopts-restrictive-measures-against-an-additional-30-individuals-and-7-entities/>

Kommission; Erweiterungspaket der Kommission 2022, Länderberichte

Die Kommission hat am 12.10.2022 ihr Erweiterungspaket 2022 sowie ihre jährlichen Berichte zu den Erweiterungsverhandlungen mit den einzelnen Ländern vorgelegt. Darin werden grundlegende Reformen und die Fortschritte der westlichen Balkanstaaten und der Türkei auf ihrem jeweiligen Weg in die EU bewertet. Gleichzeitig gibt die Kommission Empfehlungen für die nächsten Schritte. Die Kommission betont, der russische Angriffskrieg mache die Bedeutung der EU-Erweiterung erneut deutlich. Sie sei eine langfristige Investition in Frieden, Wohlstand und Stabilität für den europäischen Kontinent. Im diesjährigen Erweiterungspaket empfiehlt die Kommission dem Rat, Bosnien und Herzegowina den Status eines Kandidatenlandes zuzuerkennen, sofern das Land noch eine Reihe von Reformschritten unternimmt. Hierbei geht es vor allem um die Stärkung der Demokratie, die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, Gewährleistung der Medienfreiheit und Migrationssteuerung. Es sei nun Aufgabe des Rates die von der Kommission vorgelegten Empfehlungen zu prüfen und über die nächsten Schritte zu entscheiden.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2022-communication-eu-enlargement-policy_de

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 03.-06.10.2022 in Straßburg

Energie: Preisobergrenzen und Maßnahmen zur Verbrauchsminderung

Das EP nahm am 05.10.2022 eine Entschließung an, in der es die Auffassung vertritt, dass Russland dadurch, dass es einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und die Versorgung mit fossiler Energie als Waffe einsetzt, die Instabilität auf dem Energiemarkt drastisch verschärft hat. Das EP fordert die Kommission u.a. auf, eine angemessene Preisobergrenze für Gasimporte über Pipelines, vor allem aus

Russland, vorzuschlagen, und stellt fest, dass die EU-Instrumente für die gemeinsame Beschaffung von Gas verbessert werden sollten, um die Preise für Importe zu senken (siehe Beitrag unter „Energie“).

EP fordert Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine

In einer am 06.10.2022 mit einer breiten Mehrheit von 504 MdEP angenommenen Entschließung verurteilten die MdEP die Ergebnisse der Scheinreferenden, die mit vorgehaltener Waffe zwecks Annexion der Gebiete Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja durchgeführt wurden, für „null und nichtig“ und forderten die Mitgliedstaaten auf, weitere strenge Sanktionen zu verhängen und schwere Waffen zu liefern (u.a. Leopard-Panzer).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0353_DE.html

Endgültige Abstimmung über einheitliches Ladekabel

Das EP hat 04.10.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Alex Agius Saliba (S&D/MTA) die neuen Regeln zur Einführung einer einheitlichen Ladelösung für Mobiltelefone, Tablets und andere tragbare elektronische Geräte in der EU verabschiedet. Die neuen Vorschriften wurden mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 602 - 13 - 8 angenommen. Bis Ende 2024 müssen alle Mobiltelefone, Tablets und Kameras, die in der EU verkauft werden, einen USB-C-Ladeanschluss haben. Ab Frühjahr 2026 gilt das auch für Laptops. Alle Hersteller müssen ihre neuen Mobiltelefone, Tablets, Digitalkameras, Kopfhörer und Headsets, tragbaren Videospielekonsolen und Lautsprecher, E-Reader, Tastaturen, Mäuse, tragbaren Navigationssysteme, Ohrhörer und Laptops mit einer Leistungsabgabe von bis zu 100 Watt, die mit einem Kabel aufgeladen werden können, mit einem USB-C-Anschluss ausstatten (siehe Beitrag unter „Gesundheit und Verbraucherschutz“).

Schutz des EU-Haushalts: MdEP warnen Kommission vor "Kompromissen" mit HUN

Am 04.10.2022 fand eine Debatte statt über den Vorschlag der Kommission, EU-Mittel für HUN einzufrieren, um den EU-Haushalt vor dem Hintergrund der Sorgen über Ungarns Rechtsstaatlichkeit zu schützen. "Dies ist das erste Mal, dass der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus in Gang gesetzt wird, und er verlangt von den Mitgliedstaaten einen sorgfältigen Umgang damit", erklärte der tschechische Europa-Minister Mikuláš Bek, der die Debatte im Namen der tschechischen Präsidentschaft des Rates eröffnete. Die EU-Botschafter werden die Angelegenheit bei der nächsten Sitzung erörtern, fügte er hinzu und versicherte den Abgeordneten, dass der Rat seine Rolle beim Schutz des EU-Haushalts wahrnehmen werde (siehe Beitrag unter „Justiz“).

MdEP überarbeiten Pandemie-Hilfsmaßnahmen für den Luftverkehr

Um dem zunehmenden Luftverkehr besser Rechnung zu tragen, hat das EP am 06.10.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Dominique Riquet (RN/FRA) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 457 – 3 – 3 die Regeln für Start- und Landerechte für Luftfahrtunternehmen aktualisiert und einige während der Pandemie eingeführte Ausnahmen beibehalten (siehe Beitrag unter „Verkehr“).

Iran: Für den Tod Mahsa Aminis verantwortliche Amtsträger müssen bestraft werden

In einer am 06.10.2022 per Handzeichen angenommenen Entschließung zieht das EP eine Bilanz der Entwicklungen im Iran nach dem Tod der 22-jährigen kurdischen Iranerin Mahsa Amini durch die „Sittenpolizei“ des Landes und dem Ausbruch der darauf folgenden Proteste gegen das strenge klerikale Regime. Die Abgeordneten verurteilen den Tod von Mahsa Amini aufs Schärfste und fordern eine unparteiische, wirksame und vor allem unabhängige Untersuchung ihrer Misshandlung und ihres

tragischen Todes. In der Entschließung wird die EU aufgefordert, gegen iranische Amtsträger, die am Tod von Mahsa Dschina Amini und an der Gewalt gegen Demonstranten mitgewirkt haben oder dafür verantwortlich sind, Sanktionen im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU zu verhängen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0352_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 03./04.10.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur in Brno (CZR) statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „die künftige EU-Jugendpolitik – Überlegungen zur Jugendpolitik und zur durchgängigen Berücksichtigung der Jugend im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022“, sowie „eine neue Innovationsagenda für Europa“. Außerdem fand eine Orientierungsdebatte zum Thema „Wege zum schulischen Erfolg“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2183783&meetingSessionId=2230141>

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 05.10.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen in Brüssel statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Becker teil. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Reform des Systems der geografischen Angaben“ sowie „Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelsysteme“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Regionale Strategien zur Umstellung auf eine Niedrigemissions-Landwirtschaft“, „Europäischer Raum für Gesundheitsdaten“, „Ausgleich der Bedürfnisse von lokalen Gemeinschaften, Unternehmern und Reisenden im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen“ sowie „Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182236&meetingSessionId=2228064>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 06./07.10.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie in Brüssel statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien“. Außerdem wurde eine Orientierungsdebatte über den Stellungnahmeentwurf „Richtlinie über Industrieemissionen“ geführt. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „EU-Ziele für die Wiederherstellung der Natur“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2185159&meetingSessionId=2231999>

AdR; 151. AdR-Plenarsitzung

Am 11./12.10.2022 fand das 151. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Becker teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschließungen verabschiedet: „Schutz geografischer Angaben für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse in der Europäischen Union (Neufassung)“, „auf dem Weg zu einer makroregionalen Strategie für den Mittelmeerraum“, „der Beitrag der Städte und Regionen der EU zum

Wiederaufbau der Ukraine“, „Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)“, „der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität“, „Förderung der Klimadiplomatie auf subnationaler Ebene im Vorfeld der COP 27 und der COP 28“, „auf dem Weg zu einer strukturellen Einbeziehung der Städte und Regionen in die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Scharm El-Scheich (UNFCCC COP 27)“, „Energiepaket für Gas, Wasserstoff und Methanemissionen“, „Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen“, „Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen“, „Digitaler Zusammenhalt“, „Europäisches Chip-Gesetz zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems“, „EU-Jahresbarometer 2022 zur Lage der Gemeinden und Regionen“, „Achter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“, „Überarbeitung der Governance des Schengen-Raums“, „Wege zum schulischen Erfolg“ sowie „Entschließung zur Lage der Regionen und Städte in der EU“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: mit Dubravka Suica, für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der Kommission, mit Elisa Ferreira, für Kohäsion und Reformen zuständiges Mitglied der Kommission sowie mit Younous Omarjee, Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung im EP.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182099&meetingSessionId=2227869>

W i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zu kritischen Rohstoffen

Am 30.09.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Erlass einer Verordnung zu kritischen Rohstoffen. Rückmeldungen können bis zum 25.11.2022 abgegeben werden. Ziel der Gesetzesinitiative ist, dass die EU ihr Angebot an kritischen Rohstoffen deutlich erhöht und diversifiziert, die Kreislaufwirtschaft stärkt und Forschung und Innovation fördert. Dafür sollten die Überwachungskapazitäten der EU verstärkt und sowohl die Wertschöpfungskette als auch die Außenpolitik in Bezug auf kritische Rohstoffe gestärkt werden. Insbesondere soll auf die Entwicklung strategischer Projekte zur Stärkung der Lieferketten abgezielt werden. Dazu werden die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette, von der Gewinnung über die Verarbeitung bis zum Recycling, betrachtet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13597-Europaisches-Gesetz-uber-kritische-Rohstoffe_de

Eurostat; Arbeitslosenquote in der EU bei 6,0%

Eurostat veröffentlichte am 30.09.2022 Zahlen zur Arbeitslosenquote in der EU. Im August 2022 lag danach die Arbeitslosenquoten im Euroraum bei 6,6%, in der EU bei 6,0% und in DEU bei 3,0%. Das ist ein Rückgang gegenüber einer Arbeitslosenquote von 7,5% (Euroraum), 6,8% (EU) und 3,5% (DEU) im August 2021.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698137/3-30092022-BP-DE.pdf/4059660c-df46-42ae-8e59-81658f74afcf>

Eurostat; jährliche Inflation im Euroraum auf 10,0% gestiegen

Laut Eurostat vom 30.09.2022 wird die jährliche Inflation im Euroraum im September 2022 auf 10,0% geschätzt, gegenüber 9,1% im August 2022 und 3,4% im September 2021. In DEU wurde die Inflation im September 2022 auf 10,9% geschätzt, während sie im August 2022 bei 8,8% und im September 2021 bei 4,1% lag.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698140/2-30092022-AP-DE.pdf/2d5865c0-562e-7ab9-e2bf-dd1772388ea1>

Kommission; Staatliche Beihilfe für BASF in Höhe von 134 Mio. EUR genehmigt

Die Kommission hat am 03.10.2022 eine staatliche Beihilfe von DEU in Höhe von 134 Mio. EUR für BASF SE genehmigt. Mit der Beihilfe, die in Form eines direkten Zuschusses gewährt wird, soll der Bau und die Installation eines großen Elektrolyseurs am BASF-Standort Ludwigshafen unterstützt werden. Der Elektrolyseur soll im Jahr 2025 in Betrieb genommen werden. Damit soll BASF bei der Herstellung von erneuerbarem Wasserstoff unterstützt werden. Ziel ist die Dekarbonisierung der chemischen Produktionsprozesse und die Förderung der Wasserstoffnutzung im Verkehrssektor, z.B. für Busse und schwere Lastkraftwagen. Der erneuerbare Wasserstoff soll den fossilen Wasserstoff ersetzen und der zusätzliche Wasserstoff im Bereich der Wasserstoffmobilität eingesetzt werden. Hierdurch trägt die staatliche Beihilfe nach Vorstellung der Kommission zur Verwirklichung der EU-Wasserstoffstrategie bei und hilft, die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu verringern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_5943

Kommission; Bekanntmachung über informelle kartellrechtliche Beratung

Am 03.10.2022 hat die Kommission eine überarbeitete Bekanntmachung über informelle Beratung angenommen. Diese soll Unternehmen ermöglichen, Beratungen in Bezug auf die Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln auf neuartige oder ungelöste Fragen zu erhalten. In der Bekanntmachung über informelle Beratung von 2004 wurde aufgeführt, unter welchen Voraussetzungen die Kommission in Betracht ziehen kann, Unternehmen zur Anwendung der Wettbewerbsregeln zu beraten. Wegen enger Voraussetzungen wurde dies aber nie in Anspruch genommen. In der neu überarbeiteten Bekanntmachung kann einerseits die Kommission ein breiteres Spektrum von Fragen in Beratungsschreiben behandeln und dabei die Relevanz der Praktiken für die Verwirklichung der Prioritäten der Kommission und der Interessen der EU berücksichtigen. Andererseits ergänzt die überarbeitete Version die Definition von „neuartigen“ Fragen, die im EU-Rechtsrahmen „ungeklärt“ sind, um Fälle, die „nicht ausreichend geklärt“ sind.

https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2022-10/coronavirus_informal_guidance_notice_antitrust_2022.pdf

Kommission; Staatliche Beihilfe für Salzgitter Flachstahl in Höhe von 1 Mrd. EUR genehmigt

Die Kommission hat am 04.10.2022 eine staatliche Beihilfe von DEU in Höhe von 1 Mrd. EUR für die Salzgitter Flachstahl GmbH genehmigt. Mit der Beihilfe in Form eines Direktzuschusses sollen der Bau und die Installation einer Direktreduktionsanlage und eines Elektrolichtbogenofens am Unternehmensstandort Salzgitter unterstützen. Dies soll Salzgitter Flachstahl bei der Dekarbonisierung ihrer Stahlproduktion durch Einsatz von Wasserstoff, u.a. auch durch an ihrem Standort erzeugten erneuerbaren Wasserstoff, in einer neuen Produktionsanlage helfen. Die Beihilfe trägt nach Ansicht der Kommission u.a. zur Verwirklichung der EU-Wasserstoffstrategie und Verringerung der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen bei.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5968

Eurostat; Erzeugerpreise in der Industrie in der EU um 4,9% gestiegen

Am 04.10.2022 veröffentlichte Eurostat Zahlen zum Verlauf der Erzeugerpreise in der Industrie. Danach stiegen die Erzeugerpreise gegenüber Juli 2022 im Euroraum um

5,0%, in der EU um 4,9% und in DEU um 8,0%. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Preise im Euroraum um 43,3%, in der EU um 43,0% und in DEU um 46,9%.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15125369/4-04102022-AP-DE.pdf/997c0774-1278-ad67-3517-63af1546d22b>

Kommission; Konsultation zum Notfallinstrument für den Binnenmarkt eröffnet

Die Kommission hat am 05.10.2022 um Rückmeldung zu ihrem Vorschlag zum Notfallinstrument für den Binnenmarkt gebeten. Rückmeldungen können bis zum 02.12.2022 abgegeben werden. Durch das Notfallinstrument soll der Binnenmarkt besser gegen Krisen gewappnet sein. Auch im Falle von Krisen oder Notfällen soll der Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr fortgesetzt werden. Zudem soll das Funktionieren der Lieferketten und die Verfügbarkeit und der Zugang zu Waren und Dienstleistungen sichergestellt werden (vgl. BaB 18/2022).
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13181-Binnenmarkt-neues-EU-Instrument-zur-Gewahrleistung-des-Funktionierens-des-Binnenmarkts-in-Notfallsituationen_de

Eurostat; Absatzvolumen des Einzelhandels in der EU um 0,2% gesunken

Am 06.10.2022 veröffentlichte Eurostat Zahlen zum Absatzvolumen in der EU im Vergleich zu den letzten Monaten. Gegenüber Juli 2022 sank das Absatzvolumen des Einzelhandels im Euroraum um 0,3%, in der EU um 0,2% und in DEU um 1,3%. Gegenüber August 2021 sank der Einzelhandelsindex im August 2022 im Euroraum um 2,0% und in der EU um 1,3% und in DEU um 4,2%.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15131934/4-06102022-AP-DE.pdf/79ff7c9f-c98a-b22e-3c1f-a5c653eb0da8>

Eurostat; Hauspreise in der EU um 9,9% gestiegen

Eurostat veröffentlichte am 07.10.2022 Zahlen, wonach die Hauspreise im zweiten Quartal 2022 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal im Euroraum um 9,3%, in der EU um 9,9% und in DEU um 10,2% gestiegen sind. Im ersten Quartal waren die Hauspreise noch um 9,8% (Euroraum), 10,4% (EU) und 11,6% (DEU) gestiegen.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15131937/2-07102022-AP-DE.pdf/05de50de-56c0-60d6-441b-16ffa0648a1a>

Kommission; Konsultation der Mitgliedsstaaten (MS) zum Vorschlag der Kommission zur Verlängerung und Änderung des Befristeten Krisenrahmens

Am 07.10.2022 hat die Kommission den MS einen Entwurf zum Vorschlag zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen zur Konsultation übermittelt. Die Kommission schlägt angesichts der wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und seiner Auswirkungen auf die Energieversorgung eine Verlängerung und Anpassungen vor. Die Kommission hatte bereits am 23.03.2022 einen Befristeten Krisenrahmen angenommen, der die MS in die Lage versetzen sollte, den in den Beihilfenvorschriften vorgesehenen Spielraum zu nutzen, um infolge des russischen Kriegs gegen die Ukraine die Wirtschaft zu stützen. Dieser Befristete Krisenrahmen wurde das erste Mal am 20.07.2022 geändert, um das Paket zur Wintervorsorge zu ergänzen und den Rahmen mit den Zielen des REPowerEU-Plans in Einklang zu bringen.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_6000

Rat; EP; Vorläufige politische Einigung über den Vorschlag zur Änderung der europäischen Normungsvorschriften

Am 12.10.2022 erzielten Rat und EP eine vorläufige politische Einigung über die Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 hinsichtlich der Entscheidungen der europäischen Normungsorganisationen über europäische Normen und Dokumente der europäischen Normung. Mit der vorgeschlagenen Änderung werden neue Anforderungen an die europäischen Normungsorganisationen (ENO) eingeführt, um die Beteiligung der nationalen Normungsgremien sicherzustellen. Die Stärkung der Rolle der nationalen Vertreter soll die Funktionsweise der europäischen Normungsorganisationen verbessern und die Vertretung der Mitgliedsstaaten (MS) in deren Entscheidungsprozessen stärken (vgl. BaB 03/2022).
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/12/council-and-european-parliament-agree-on-adapting-eu-standardisation-rules/>

V e r k e h r

Kommission; Erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen DEU Einhaltung der EU-Vorschriften über die elektronische Maut

Die Kommission hat am 30.09.2022 bekannt gegeben, dass es beschlossen hat, ein Anforderungsschreiben zur Einhaltung der EU-Vorschriften über die elektronische Maut an DEU zu schicken. DEU habe es versäumt, die erforderlichen Bestimmungen der Richtlinie über den europäischen elektronischen Mautdienst bis zum 19.10.2022 in nationales Recht umzusetzen. DEU hat nun zwei Monate Zeit, auf das Anforderungsschreiben zu reagieren und die aufgezeigten Mängel zu beheben. Andernfalls kann die Kommission beschließen, eine begründete Stellungnahme zu übermitteln. Das europäische elektronische Mautsystem soll den Verkehrsteilnehmern ermöglichen, Mautgebühren in allen Mitgliedsstaaten (MS) bei einem einzigen Anbieter und mit einem einzigen Bordgerät zu bezahlen.

https://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement-decisions/?typeOfSearch=false&active_only=0&noncom=0&r_dossier=INFR%282022%292107&decision_date_from=&decision_date_to=&title=&submit=Search&lang_code=de

EP; Unterstützung für Maßnahmen im Weltraummanagement

Am 06.10.2022 nahm das EP den Bericht von MdEP Cristian Silviu Buşoi (EVP/ROM) zum Thema „ein Ansatz der EU für das Weltraumverkehrsmanagement – ein Beitrag der EU zur Bewältigung einer globalen Herausforderung“ an. Darin begrüßt das EP die geplanten Maßnahmen, die die Kommission und der EU-Außenbeauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik in ihrer gemeinsamen Mitteilung vom 15.02.2022 aufgeführt haben. Das EP fordert die Kommission u.a. auf, sowohl dem zivilen als auch dem Verteidigungs-Sicherheitsbedarf Rechnung zu tragen, die Auswirkungen der Entwicklung des Weltraumverkehrsmanagements auf europäische öffentliche und private Interessenträger zu bewerten und auch Interessenträger von außerhalb der Union zu konsultieren. Außerdem fordert das EP die Kommission u.a. dazu auf, noch vor 2024 Rechtsvorschriften über das Weltraumverkehrsmanagement vorzuschlagen. Diese Vorschläge sollen auch ein Governance-System und die Zuständigkeiten der vorgeschlagenen EU-Agentur für das Weltraumprogramm, sowie die Aufnahme des Weltraumverkehrsmanagements in das nächste Weltraumprogramm ab 2028 umfassen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0355_DE.pdf

Rat; Einigung auf vorübergehende Aussetzung der Zeitnischenregeln auf EU-Flughäfen

Am 12.10.2022 haben die EU-Botschafter der Mitgliedsstaaten (MS) sich über den Verordnungstext geeinigt, der vorsieht die Zeitnischenregeln auf Flughäfen auszusetzen. In der Wintersaison, die bis zum 25.03.2023 dauert, soll weiterhin eine allgemeine Zeitnischenentlastung von 75% gelten. Im Falle eines dringenden Bedarfs infolge einer epidemiologischen Krise oder eines Krieges soll der Kommission die Befugnis übertragen werden, diese Vorschrift über die Zeitnischenregeln im Wege delegierter Rechtsakte zu ändern. Außerdem können Luftfahrtunternehmen Zeitnischen, deren Nichtnutzung begründet wurde, nutzen und als genutzt anrechnen. Luftfahrtunternehmen, denen Flüge in den Luftraum der EU untersagt sind, verlieren direkt ihre Zeitnischen. In der Sommersaison soll wieder die Standardregel – Nutzung von 80 % der Zeitnischen – angewandt werden, sofern die Kommission nicht wegen krisenbedingter Störungen einen delegierten Rechtsakt zur Änderung dieser Regel erlässt. Durch die erzielte Einigung soll der Weg zur Rückkehr zur Normalität weiterhin fortgesetzt werden, aber zugleich die Unsicherheit durch Inflation, Energiekrise und Covid-19 berücksichtigt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/12/member-states-agree-on-a-temporary-waiver-from-slot-rules-at-eu-airports/>

E n e r g i e

Kommission; Genehmigung von Beihilfen um Braunkohlekraftwerke in DEU in Bereitschaft zu halten

Die Kommission hat am 30.09.2022 eine befristete Maßnahme von DEU in Höhe von 450 Mio. EUR genehmigt, mit der fünf Braunkohlekraftwerke in Bereitschaft gehalten werden sollen. Im Falle von Erdgasknappheit können die Braunkohlekraftwerke aktiviert werden. Mit der Beihilfe werden die Betreiber der Kraftwerke für die Kosten entschädigt, die ihnen entstehen, um die Anlagen im Bedarfsfall betriebsbereit zu machen. Die Maßnahme kann bis spätestens 31.03.2024 gewährt werden und soll dazu beitragen, die Verfügbarkeit von Erdgas in Zeiten von russischer Erdgasknappheit zu sichern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5919

Kommission; Zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen DEU zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Die Kommission hat am 30.09.2022 darüber informiert, dass es eine mit Gründen versehene Stellungnahme an DEU gerichtet hat, weil DEU die Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt habe. Die Richtlinie enthält u.a. Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz neuer Gebäude und stellt Regelungen zur Elektromobilität und Ladepunkten und Inspektionen von Heizungs- und Klimaanlage auf. Nach Prüfung der gemeldeten Umsetzungsmaßnahmen ist die Kommission zum Schluss gelangt, dass DEU die Richtlinie noch nicht vollständig umgesetzt hatte. DEU hat nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren.

https://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement_decisions/?typeOfSearch=true&active_only=0&noncom=1&r_dossier=INFR%282020%290164&decision_date_from=01%2F01%2F2013&decision_date_to=&title=&submit=Search&lang_code=de

Rat; Einigung auf Standpunkt zu REPowerEU

Der Rat hat am 04.10.2022 seinen Standpunkt zum REPowerEU-Vorschlag festgelegt. REPowerEU ist ein Plan zur schrittweisen Verringerung der Abhängigkeit der EU von russischen fossilen Brennstoffimporten. Er soll die strategische Autonomie der EU stärken, indem die Energieversorgung diversifiziert und die Unabhängigkeit und Sicherheit der Energieversorgung der EU erhöht wird. Konkret soll den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen im Rahmen von NextGenerationEU ein neues REPowerEU-Kapitel hinzugefügt werden, um wichtige Investitionen und Reformen zu finanzieren, die zur Verwirklichung der REPowerEU-Ziele beitragen werden. Im Standpunkt änderte der Rat die Herkunft der Mittel für REPowerEU und den Verteilungsschlüssel für die von der Kommission vorgeschlagenen zusätzlichen 20 Mrd. EUR. Finanziert werden soll REPowerEU durch den Innovationsfonds (75%) und die vorzeitige Abgabe von Emissionshandelszertifikaten (25%).

<https://www.consilium.europa.eu/media/59346/st12662-re02-en22.pdf>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/04/repowereu-council-agrees-its-position/>

Kommission; Überarbeitung des Strategieplans für Energietechnologie

Die Kommission hat am 05.10.2022 eine Änderung des Europäischen Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) zur Sondierung gestellt. Rückmeldungen sind bis zum 02.11.2022 möglich. Planmäßig soll die Kommission die Änderungen Anfang 2023 annehmen. Die Änderung zielt darauf ab, den Übergang zu einem klimaneutralen Energiesystem durch die Entwicklung kohlenstoffarmer Technologien voranzutreiben. Der SET-Plan soll mit den Zielen des europäischen Green-Deals in Einklang gebracht werden. Dafür sollen einerseits die politischen Ziele und Vorgaben für die Entwicklung innovativer, sauberer Energielösungen neu festgesetzt werden. Andererseits sollen nationale und europäische Forschungs- und Innovationsressourcen gebündelt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13260-EU-Energiepolitik-Überarbeitung-des-Strategieplans-fur-Energietechnologie_de

EP; EntschlieÙung zu Energiepreisen

Am 05.10.2022 nahm das EP eine EntschlieÙung zur Reaktion der EU auf die steigenden Energiepreise in Europa an. Darin fordert das EP die Kommission dazu auf, eine angemessene Preisobergrenze für Gasimporte über Pipelines, vor allem aus Russland, einzuführen. Zudem sollten die EU-Instrumente für die gemeinsame Beschaffung von Gas verbessert werden, um die Preise für Importe zu senken. Die Einnahmen aus Markttagengewinnen sollten Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen zugutekommen, insbesondere zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte und kleinen und mittleren Unternehmen. Einhergehen sollte dies mit massiven Innovationen und Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie in die entsprechende Energieinfrastruktur. Zusätzlich fordert das EP ein sofortiges und vollständiges Embargo gegen Einfuhren von Öl, Kohle, Kernbrennstoff und Gas aus Russland.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0347_DE.pdf

Rat; Einigung auf Notfallmaßnahmen um Energiepreise zu senken

Am 06.10.2022 hat der Rat die politische Einigung der Energieministerinnen und -minister vom 30.09.2022 auf Notfallmaßnahmen gegen die steigenden Energiepreise förmlich beschlossen. Die Verordnung des Rats sieht eine freiwillige Reduktion der Stromnachfrage um 10% des Bruttostromverbrauchs und eine verbindliche Reduktion um 5% in Spitzenzeiten vor. Als Spitzenzeiten werden die Mitgliedsstaaten (MS) die 10% der Stunden mit der höchsten Nachfrage festlegen. Für „inframarginale“

Stromerzeuger (Technologien mit geringeren Kosten, wie erneuerbare Energien, Kernenergie und Braunkohle) wird eine Erlösobergrenze von 180 EUR/Megawattstunde gelten. Erlöse darüber werden von den MS abgeschöpft und mit von ihnen selbst gewählten Maßnahmen ausgeschüttet. Zudem gilt für Tätigkeiten im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich ein befristeter Solidaritätsbeitrag, den die MS zur Unterstützung von betroffenen Haushalten und Firmen verwenden können. Zudem können die MS vorübergehend einen Preis für die Stromversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen festlegen, um diese zu unterstützen. Es ist auch möglich, vorübergehend einen Preis für die Energieversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen festzulegen, der unter den Kosten liegt. Die Maßnahmen sollen vom 01.12.2022 bis zum 31.12.2023 gelten. Die Reduzierung der Stromnachfrage wird bis zum 31.03.2023 und die Obergrenze der Markteinnahmen bis zum 30.06.2023 gelten. https://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/public-register/public-register-search/results/?DocumentNumber=12999%2F22&DocumentLanguage=DE&OrderBy=DOCUMENT_DATE+DESC&ct100%24ct100%24cpMain%24cpMain%24btnSubmit=

Eurostat; Jahrbuch der Regionen 2022 vorgestellt

Eurostat hat am 07.10.2022 das Jahrbuch der Regionen 2022 veröffentlicht. Hierin ist ein detaillierter Überblick über ein breites Spektrum statistischer Themen in den Regionen der Mitgliedsstaaten (MS) enthalten. Zu folgende Themen sind Regionalstatistiken enthalten: Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, Lebensbedingungen, digitale Gesellschaft, Wirtschaft, Unternehmen, Forschung und Entwicklung, Tourismus, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft. Schwerpunkt wurde im Jahrbuch auf die Initiative "Europäisches Jahr der Jugend 2022" sowie auf die Auswirkungen der Pandemie auf insbesondere Bevölkerung, Wirtschaft, Tourismus und Beschäftigung gelegt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-statistical-books/-/ks-ha-22-001>

Kommission; Unterstützung für neue Allianz der Solar-Photovoltaik-Industrie ausgesprochen

Die Kommission hat am 11.10.2022 offiziell ihre Unterstützung für eine neue Allianz der Solar-Photovoltaik-Industrie ausgesprochen. Das Ziel der Allianz ist, die Herstellungstechnologien für innovative Solar-Photovoltaik-Produkte und Komponenten zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, den Einsatz von Solarenergie zu beschleunigen und die Widerstandsfähigkeit des Energiesystems zu verbessern. Die Allianz ist eine der konkreten Initiativen der Solarenergiestrategie, die am 18.05.2022 als Teil des REPowerEU-Plans verabschiedet wurde. Die Unterstützung ebnet den Weg für einen Aufruf zur Mitgliedschaft in der Allianz. Der Start der Allianz ist für Ende des Jahres vorgesehen. Nach ihrer Gründung soll die Allianz Akteure aus der Industrie, Forschungsinstitute, Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und andere Interessengruppen mit Interesse an der Photovoltaikbranche zusammenbringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_6106

Kommission; Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über GNLG durch KfW und Niederlandse Gasunie genehmigt

Die Kommission hat am 11.10.2022 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die German LNG Terminal GmbH („GLNG“) durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Niederlandse Gasunie (NDL) nach den EU-Fusionskontrollvorschriften genehmigt. GLNG wird eine Regasifizierungsanlage für verflüssigtes Erdgas in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) bauen, besitzen und betreiben. Geplant ist der Betrieb eines LNG-Import- und Verteilungsterminals. Die gemeinsame Kontrolle wurde genehmigt,

da sie nach Ansicht der Kommission wegen fehlender Überschneidung zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen im Europäischen Wirtschaftsraum keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10909

Rat; Einigung auf Eckpunkte von Maßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Gasmarkts

Beim informellen Treffen des Energieministerrats am 12.10.2022 in Prag einigte sich der Rat darauf, dass zu den wichtigsten Elementen eines erwarteten Vorschlags der Kommission für den Gassektor folgende Punkte gehören sollen: eine funktionale Plattform für gemeinsame Gaseinkäufe, die Erhöhung der Transparenz des „Title Transfer Facility“- Preisindexes für Gas und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Indexes gegen spekulatives Verhalten sowie die Förderung von Energieeinsparungen und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-meeting-of-ministers-responsible-for-energy/>

Kommission; Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates über ein Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023

Am 12.10.2022 hat die Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates über ein Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023 vorgelegt. Dadurch will die Kommission auf die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt durch den ökologischen und digitalen Wandel reagieren. Zudem soll den Unternehmen, die Schwierigkeiten bei der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften haben, Abhilfe geleistet werden. Ein Schwerpunkt soll auch auf der Förderung des lebenslangen Lernens durch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung liegen. Außerdem sollen arbeitsmarktrelevante Kompetenzen gewährleistet werden und die Ziele, Wünsche und Kompetenzen der Menschen auf die auf dem Arbeitsmarkt gebotenen Chancen abgestimmt werden. Dies soll durch Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten und Sensibilisierungskampagnen erreicht werden. Auch Drittstaatenangehörige mit den in der EU benötigten Kompetenzen sollen angeworben werden.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=26148&langId=en>

Rat; Verabschiedung von „FAST CARE“ zur weiteren Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Bewältigung der Folgen der Aggression Russlands

Am 13.10.2022 hat der Rat ein Paket mit Änderungsvorschriften zu den Grundverordnungen, in denen die Regeln für die Kohäsionspolitik für die Haushaltsperioden 2014 bis 2020 und 2021 bis 2027 festgelegt sind, verabschiedet. Die Änderungen zielen darauf ab, die Mitgliedsstaaten (MS) bei der Bewältigung der Auswirkungen des Ukrainekriegs zu entlasten und bei der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen zu unterstützen. Die neuen Vorschriften ergänzen die Maßnahmen des „CARE-Pakets“ und machen den Einsatz von Kohäsionsfondsmitteln flexibler. Außerdem wird berücksichtigt, dass wegen der höheren Energiepreise und der Marktstörungen die Projektdurchführung verschärft bzw. verzögert sein kann. Als spezifische Maßnahmen wurden u.a. weitere 3,5 Mrd. EUR für die Vorfinanzierung von Projekten, die Ausweitung der Möglichkeit, Flüchtlinge mit Mitteln des Kohäsionsfonds zu unterstützen und die rückwirkende Erstattung für bereits abgeschlossene Projekte zur Deckung des Bedarfs der Flüchtlinge beschlossen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-48-2022-INIT/de/pdf>

Gemeinsames Unternehmen für europäische Hochleistungsrechner; Standorte für die ersten europäischen Quantencomputer bekannt gegeben

Am 04.10.2022 hat das Gemeinsame Unternehmen für europäische Hochleistungsrechner (GU EuroHPC) die Auswahl von sechs Standorten für die ersten europäischen Hochleistungsrechner in CZR, DEU, ESP, FRA, ITL und POL bekannt gegeben. In DEU wird der Quantencomputer im Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaft in Garching bei München stehen. Die Quantencomputer werden in bestehende Supercomputer integriert und sollen in ganz Europa ein ausgedehntes Netz bilden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2023 sollen die Computer für Wissenschaft und Industrie verfügbar sein und bei gewissen Aufgaben im Vergleich zu konventionellen Rechnern schneller und energieeffizienter Probleme lösen. Sie sind eine rein europäische Initiative und werden vollständig aus europäischer Hard- und Software bestehen. Die geplanten Investitionen belaufen sich auf mehr als 100 Mio. EUR, wovon die Hälfte von der EU und die andere Hälfte von den 17 teilnehmenden Mitgliedsstaaten des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen kommt.

https://eurohpc-ju.europa.eu/selection-six-sites-host-first-european-quantum-computers-2022-10-04_en

Rat; formale Annahme des Gesetzes über digitale Dienste

Am 04.10.2022 nahm der Rat die Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste formal an. Die Verordnung soll den digitalen Raum vor der Verbreitung illegaler Inhalte schützen und sicherstellen, dass bei der Nutzung die Grundrechte gewahrt werden. Dazu gibt es ein einheitliches Regelwerk zu Pflichten und Verantwortlichkeiten von Vermittlern, was ermöglichen soll, dass digitale Dienste länderübergreifend angeboten werden können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/04/dsa-council-gives-final-approval-to-the-protection-of-users-rights-online/>

Kommission; Aufforderung, Vorschläge für digitale Vernetzung der Infrastruktur einzureichen

Am 12.10.2022 hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms „Connecting Europe Facility Digital“ veröffentlicht. Die Bewerbungsfrist endet am 23.02.2023. Mit einem geplanten Budget von 277 Mio. EUR sollen Projekte für Netze mit hoher Kapazität, Backbone-Infrastrukturen, einschließlich Quantenkommunikation, Cloud-Föderation und Unterseekabel, unterstützt werden. Zusätzlich sollen die Netze zur Anbindung ländlicher, abgelegener und überseeischer Gebiete gestärkt sowie die Verkehrs- und Energienetze zunehmend digitalisiert werden. Die Aufforderung richtet sich an Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen aus den Mitgliedsstaaten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_6137

Kommission; Zweite Sitzung des gemeinsamen Dialogs zwischen der EU und den USA über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich.

Am 13.10.2022 trafen sich die Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, die Vorsitzende der US-amerikanischen Federal Trade Commission, Lina Khan, und der stellvertretende Generalstaatsanwalt für Kartellrecht des US-Justizministeriums, Jonathan Kanter, in Brüssel zur zweiten Sitzung des gemeinsamen Dialogs zwischen der EU und den USA über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich ("TCPD"). Nach dem Start der TCPD am 07.12.2021 ging es bei dem zweiten Treffen darum, eine Bestandsaufnahme der Fortschritte bei den Kooperationsbemühungen zur

Gewährleistung und Förderung eines fairen Wettbewerbs im digitalen Sektor vorzunehmen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen u.a. die Bedeutung einer vorausschauenden Analyse im Technologiebereich, um künftige Schlüsselmärkte und um Probleme zu ermitteln, die sich im digitalen Sektor ergeben könnten, die Annahme wirksamer Abhilfemaßnahmen in digitalen Fällen aber auch um die Notwendigkeit, die Fusionskontrollvorschriften in einer digitalisierten Wirtschaft zweckmäßig zu halten. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_6167

F o r s c h u n g

Kommission; Forschung; Europäische Hochschulnetzwerke; Ausschreibung

Am 30.09.2022 hat die Kommission die vierte Ausschreibungsrunde zur Initiative Europäische Hochschulnetzwerke (European University Alliances) gestartet. Die Kommission hatte die Initiative als Teil einer Gesamtvision für die Schaffung des europäischen Bildungsraums bis zum Jahr 2025 mit dem Ziel der Vertiefung der Kooperation in der Hochschulbildung entwickelt. In der europäischen Hochschulstrategie ist seit Januar 2022 das Ziel festgelegt, bis Mitte 2024 insgesamt 60 Hochschulnetzwerke mit mehr als 500 beteiligten Hochschuleinrichtungen aufzubauen. Zu diesem Zweck ist im laufenden Programmplanungszeitraum 2021 bis 2027 im Rahmen des Fonds Erasmus+ ein Gesamtbudget in Höhe von 1,1 Mrd. EUR vorgesehen. Mit dem neuesten Förderaufruf stehen insgesamt 384 Mio. EUR zur Verfügung. Bewerbungen können bis zum 31.01.2023 eingereicht werden. Bislang sind 68 Hochschulen in DEU als Koordinatoren oder Partner an der EU-Initiative beteiligt, darunter die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Darmstadt (h_da) und die Technische Universität Darmstadt. Mit der aktuellen Ausschreibungsrunde soll sowohl die transnationale Zusammenarbeit bestehender Hochschulnetzwerke weiter gefördert werden, als auch die Möglichkeit eröffnet werden, völlig neue Allianzen und Netzwerke zu gründen. Wie bereits bei der vorhergehenden Ausschreibungsrunde besteht erneut auch die Möglichkeit, dass sich einzelne Hochschulen (und somit freilich auch hessische Hochschulen) an bestehende Netzwerke anschließen. <https://erasmus-plus.ec.europa.eu/news/opening-of-2023-erasmus-european-universities-call-comes-with-record-budget>

Forschung; Kommission; Gleichstellung der Geschlechter; Horizont Europa

Am 03.10.2022 hat die Kommission einen Bericht zur Rolle von Gleichstellungsplänen im Forschungsprogramm Horizont Europa veröffentlicht. Damit möchte die Generaldirektion Forschung Diversität in Forschung und Innovation (F&I) fördern. Der Bericht beleuchtet, inwiefern Inklusion und Gleichstellung von Studierenden und Forschenden in der EU vorangetrieben werden können. Auf europäischer Ebene gebe es einen klaren Handlungsrahmen, insbesondere durch die neue Politikagenda zum Europäischen Forschungsraum (EFR). Der Bericht hält fest, dass die Entwicklung wirksamer integrativer Gleichstellungspläne und -strategien eine wichtige Rolle bei der Sicherung des sozialen und wirtschaftlichen Beitrags von F&I spielen könne. Eine zentrale Herausforderung für F&I-Organisationen bestehe darin, Maßnahmen zu ergreifen, die über allgemeine Verpflichtungen zu Vielfalt und Integration hinausreichen und vielmehr konkrete strukturelle Maßnahmen darstellten. Integrative Gleichstellungspläne und -strategien erforderten die Unterstützung und das Engagement auf allen Entscheidungsebenen. Die Kommission sollte im Genderbereich laut dem Bericht prüfen, inwiefern freiwillige und vertrauliche Daten über die persönlichen Merkmale von Forschungsteams in Horizont-Europa-Anträgen und -Projekten erhoben werden können.

<https://op.europa.eu/o/opportal-service/download-handler?identifier=006a43e7-3eda-11ed-92ed-01aa75ed71a1&format=pdf&language=en&productionSystem=cellar&part=>

Finanzdienstleistungen

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA); Bericht über die Abhängigkeit des EU-Bankensektors von Währungen und Banken außerhalb der EU

Die EBA hat am 03.10.2022 einen Bericht über die Abhängigkeit des EU-Finanzsektors von Banken und Finanzierungsarten, die nicht aus dem Binnenmarkt kommen, veröffentlicht. Der erste Teil des Berichts setzt sich mit der Bedeutung von Nicht-EU Banken im Bankensektor der EU auseinander. Im Juni 2021 hielten diese einen Anteil von 12,2% am Gesamtkapital. Von den 12,2% beläuft sich mehr als die Hälfte auf EU-fremde Investmentbanken und ein großes Clearinghaus in GBR und den USA. Was die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen durch EU-Banken angeht, so zahlten die EU-Banken 20% all ihrer Dienstleistungsgebühren an Akteure außerhalb der EU. Im zweiten Teil des Berichts untersuchte die EBA, inwieweit EU-Banken von Fremdwährungen abhängig sind. Im Juni 2021 waren dies 19% aller Kapitals auf Fremdwährungen. Sowohl die Liquiditätsdeckungsquote als auch die strukturelle Liquiditätsquote der EU-Banken sind laut dem Bericht zwar gut, allerdings liegen für viele Banken diese beiden Werte in gewissen Fremdwährungen unter 100% (der EU-Durchschnitt betrug im Juni 2021 128%). Die Liquiditätsdeckungsquote bezeichnet dabei das kurzfristige Liquiditätsrisiko eines Kreditinstituts. Die strukturelle Liquiditätsquote beschreibt das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung und erforderlicher stabiler Refinanzierung. Liegen die beiden Werte in bedeutenden Fremdwährungen unter 100%, kann der Marktzugang und dementsprechend die Refinanzierung problematisch werden.

<https://www.eba.europa.eu/eba-assesses-market-share-non-eu-entities-eu-banking-system-and-dependency-eu-banks-funding-foreign>

Rat; Beteiligungsketten-Ansatz

Der Rat hat am 04.10.2022 eine Verordnung angenommen, mit der der aufsichtsrechtliche Regulierungsrahmen für in der EU tätige Kreditinstitute gestärkt wird. Mit der Verordnung wird sichergestellt, dass die Banken widerstandsfähig bleiben und künftigen Schocks standhalten können. Ziel der Verordnung ist, dass die Verlustabsorption und Rekapitalisierung von Banken, die finanziell nicht mehr tragfähig sind und abgewickelt werden müssen, durch private Mittel erfolgt. Die Kommission hatte am 28.10.2021 den Vorschlag zum Beteiligungsketten-Ansatz vorgelegt. Er ist Teil des einheitlichen Regelwerks der Bankenunion und enthält Änderungen der Vorschriften der Eigenkapitalverordnung und der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten. Die förmliche Annahme der Verordnung war der letzte Schritt im Verfahren.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/10/04/daisy-chains-council-adopted-a-revised-bank-resolution-framework/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Daisy+chains%3a+Council+adopted+a+revised+bank+resolution+framework

Kommission; Neubesetzung der Plattform für nachhaltiges Finanzwesen

Am 12.10.2022 hat die Kommission die Bewerbungsfrist für Expertinnen und Experten für die Plattform für nachhaltiges Finanzwesen eröffnet. Die Plattform ist ein beratendes Gremium, das sich aus Sachverständigen des privaten und des

öffentlichen Sektors zusammensetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Kommission zu relevanten Themen im Zusammenhang mit dem EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen und insbesondere der EU-Taxonomie zu beraten. Die neue Plattform wird aus bis zu 35 Mitgliedern bestehen. 28 von ihnen werden durch die Einreichung von Bewerbungen ausgewählt, die sieben ständigen Mitglieder (allesamt Vertreterinnen und Vertreter öffentlicher Stellen) direkt von der Generaldirektion FISMA. Bewerbungsschluss ist der 09.11.2022. Das neue Mandat der Plattform soll ab Januar 2023 für eine Amtszeit von zwei Jahren laufen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/finanzfachleute-gesucht-kommission-erneuert-plattform-fur-nachhaltiges-finanzwesen-2022-10-12_de

Kommission; Eurobarometer-Umfrage zum Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Finanzdienstleistungen

Am 13.10.2022 veröffentlichte die Kommission eine Eurobarometer-Umfrage zum Umgang der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit der Welt der Finanzdienstleistungen. 86% der Befragten fühlen sich demnach sicher beim Verwalten ihrer Finanzen und 73% fühlen sich sicher beim Online-Banking. Allerdings variieren die Ergebnisse je nach Mitgliedstaat (MS), Geschlecht, Alter und Bildungsstand. Die Ergebnisse zeigen, dass der Binnenmarkt auch verstärkt für Finanzdienstleistungen genutzt wird: 12% der Befragten haben ein Bankkonto in einem anderen MS. Etwa jeder fünfte Befragte gab an, dass seine Rechte schon einmal verletzt worden seien, etwa beim Eröffnen eines Bankkontos. Die Häufigkeit der Nutzung von digitalen Finanzdienstleistungen variiert je nach MS, genauso die Möglichkeit, einfach an Bargeld zu gelangen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_6162

Finanzen

Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN

Am 03.10.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in LUX. Auf der Tagesordnung standen die wirtschaftliche Lage und die Koordinierung der makroökonomischen Politiken in der Eurozone. Darüber hinaus ging es um die mögliche Einführung eines digitalen Euros. Am 04.10.2022 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der tschechischen Ratspräsidentschaft ebenfalls in LUX. Dabei ging es u. a. um die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Kriegs in der Ukraine, die Gefahren für die Finanzmärkte durch Risiken des Energiemarkts und die Verringerung der Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2022/10/04/>

EuGH; Befreiung von der Mehrwertsteuer der im Rahmen eines Unterbeteiligungsvertrages erbrachten Finanzdienstleistungen

Am 06.10.2022 urteilte der EuGH, dass die Gewährung einer Finanzierung an den Originator im Rahmen eines Unterbeteiligungsvertrages unter den Begriff der Kreditgewährung im Sinne der Mehrwertsteuerrichtlinie fällt und damit nach Art. 135 Abs. 1 Buchst. b dieser Richtlinie von der Mehrwertsteuer befreit ist. Im Rahmen eines Unterbeteiligungsvertrages verpflichtet sich der Unterbeteiligte, dem Originator eine Finanzierung zu gewähren, und der Originator, dem Unterbeteiligten die Einnahmen aus den Forderungen zu überweisen, die in diesem Vertrag bezeichnet sind, wobei er die Schuldtitel in seinem Vermögen behält. Der Originator erhält eine Dienstleistung

gegen ein Entgelt, das der Differenz zwischen dem Prognosewert der Einnahmen aus den Forderungen und der Höhe der vom Unterbeteiligten ausgezahlten Finanzierung entspricht. Die Finanzierung stellt einen Kredit im Sinne der Mehrwertsteuerrichtlinie dar, da sie sich in einer einzigen Leistung erschöpft, nämlich in der Auszahlung von Kapital gegen Entgelt. Zudem trägt der Unterbeteiligte das jedem Kreditgeschäft inhärente Kreditrisiko.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=9F30C55DEAABC417C7B54C98B75D3ADC?text=&docid=266824&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=253997>

Kommission; Förderung des „Gender-Budgeting“-Projekts aus EU-Mitteln

Am 10.10.2022 gab die Kommission bekannt, ein neues Projekt zu fördern, das DEU und sechs weiteren Mitgliedsstaaten (MS) bei Gleichstellungsmaßnahmen gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung Hilfestellung geben soll. Das Projekt soll nationale und regionale Verwaltungen dabei unterstützen, öffentliche Gelder so zu investieren, dass sie Männern und Frauen gleichermaßen zugutekommen. Finanziert wird das Projekt durch das Instrument für technische Unterstützung (TSI). Durch verschiedene Schulungen werden die Teilnehmer aus den öffentlichen Verwaltungen neue Fähigkeiten erlangen, um Gesetze und Haushaltsmittel so zu planen, dass Bürgerinnen und Bürger weder direkt noch indirekt aufgrund ihres Geschlechts ausgeschlossen werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/gleichstellung-eu-kommission-fordert-gender-budgeting-projekt-DEU-2022-10-10_de

EuRH; Prüfer finden mehr Fehler bei EU-Ausgaben

Am 13.10.2022 veröffentlichte der EuRH seinen Jahresbericht für das Haushaltsjahr 2021. Dabei ließ er verlauten, dass die Fehler bei den Ausgaben aus dem EU-Haushalt zugenommen haben. In diesem Zusammenhang bedeuten Fehler nicht notwendig Betrug, Ineffizienz oder Verschwendung, sondern nur, dass die Mittel nicht vollständig gemäß den EU- und nationalen Vorschriften verwendet wurden. Es wurden jedoch auch 15 Fälle von Betrugsverdacht (gegenüber sechs im Jahr 2020) ermittelt und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung zugeleitet. Die Gesamtfehlerquote bei den Ausgaben ist auf 3,0% gestiegen (gegenüber 2,7% in 2020). Fast zwei Drittel der geprüften Ausgaben (63,2%) gelten als mit einem hohen Risiko verbunden (gegenüber 59% in 2020). Nach Einschätzung der Prüfer gehen viele der Fehler auf die starke Ausweitung des EU-Haushaltes infolge der Corona-Pandemie zurück.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/AR2021.aspx>

Soziales

Rat; Richtlinie zu Mindestlöhnen angenommen

Der Rat hat am 04.10.2022 die Rechtsvorschriften für eine EU-Mindestlohnrichtlinie angenommen. Im Wesentlichen verfolgt die Richtlinie das Ziel, den Zugang zu den nationalen Mindestlohnvorschriften zu sichern und die Tarifbindung zu stärken. Für letzteren Punkt sollen die Mitgliedsstaaten (MS) für Tariflöhne, respektive Tarifverhandlungen werben und somit die Sozialpartnerschaften stärken. Die 21 MS mit gesetzlichen Mindestlöhnen sind angehalten, die Angemessenheit der Mindestlöhne anhand klarer Kriterien bei deren Ermittlung und Festlegung heranzuziehen. Hierbei werden auch die nationalen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen gewichtet. Das EP hat die Richtlinie in der Plenarsitzung vom 14.09.2022 mit großer Mehrheit angenommen.

Kommission; Externer Jugendaktionsplan vorgelegt

Die Kommission hat am 04.10.2022 erstmals einen externen Jugendaktionsplan angenommen. Mit der Initiative strebt die Kommission an, im Rahmen des europäischen Jahrs der Jugend die Jugendpolitik auch in Drittstaaten zu stärken. Ziel ist es, Jugendliche weltweit bei der Ausgestaltung einer krisenfesteren Zukunft im Kontext der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sowie des Pariser Klimaabkommens zu unterstützen. Wie die europäische Jugendstrategie basiert dieser Jugendaktionsplan auf den drei Säulen Beteiligung, Begegnung und Befähigung. Für die Umsetzung werden 100 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

https://international-partnerships.ec.europa.eu/document/fe1bcd30-58da-4a37-ab2a-61848789da60_en

Kommission; Online-Stellenbörse für Geflüchtete aus der Ukraine

Wie die Kommission am 10.10.2022 mitteilte, wurde der EU-Talentpool für arbeitssuchende Geflüchtete aus der Ukraine geöffnet. Bei dem EU-Talentpool handelt es sich um ein Pilotprojekt, bei dem registrierte Personen auf die von der europäischen Arbeitsbehörde bearbeitete Stellenbörse zugreifen können. Dort finden sich aktuell mehr als drei Mio. Stellenangebote von 4.000 Arbeitgebenden, die von den nationalen Arbeitsverwaltungen und privaten Arbeitsvermittlungen eingespeist werden. Das Angebot dieses europäischen Kooperationsnetzes der Arbeitsvermittlungen (EURES) wird dabei um die Sprachen ukrainisch und russisch erweitert. Möglich wird dieser Zugang zum Arbeitsmarkt durch die EU-Richtlinie über vorübergehenden Schutz, die den Geflüchteten aus der Ukraine den raschen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

https://eures.ec.europa.eu/eu-talent-pool-pilot_de

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuGH; Minderung und Rückerstattung bei Pauschalreiseverträgen

Die Generalanwältin Medina beim EuGH ist der Ansicht, Reiseveranstalter, die einen Pauschalreisevertrag nicht erfüllen können, seien aufgrund der Pandemie nicht von der Verpflichtung befreit, den Preis zu mindern und, falls der Vertrag storniert wird, eine Erstattung vorzunehmen, es sei denn, es lägen nachweislich außerordentliche Schwierigkeiten vor. Sie schlägt daher in ihren am 15.09.2022 veröffentlichten Schlussanträgen in der Rechtssache C-396/21 (FTI Touristik) vor, die Pauschalreise-Richtlinie dahin auszulegen, dass der Reisende Anspruch auf eine Preisminderung wegen einer Vertragswidrigkeit bei der Durchführung des Pauschalreisevertrags habe, wenn die Vertragswidrigkeit auf Einschränkungen zurückzuführen ist, die zur Eindämmung einer am Reiseziel herrschenden Infektionskrankheit und diese sowohl am Wohnort als auch weltweit angeordnet werden. Die Höhe der Preisminderung müsse jedoch unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls angemessen sein. Diese Festlegung sei Sache des nationalen Gerichts. In der Rechtssache C-407/21 (UFC - Que choisir und CLCV) schlägt sie vor, die Pauschalreise-Richtlinie dahingehend auszulegen, dass im Fall der Beendigung eines Pauschalreisevertrags der Veranstalter verpflichtet ist, alle getätigten Zahlungen zu erstatten. Ferner sei ihm verwehrt, eine Alternative, insbesondere in Form eines Gutscheins in den getätigten Zahlungen entsprechender Höhe, obligatorisch vorzugeben. Die Gesundheitskrise im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie könne eine vorübergehende Ausnahme von Verpflichtung des Veranstalters nur für den Zeitraum rechtfertigen, der erforderlich ist, um dem Mitgliedstaat zu ermöglichen, die unüberwindlichen Schwierigkeiten

auszuräumen, die ihn an der Aufrechterhaltung der diese Verpflichtung umsetzenden nationalen Regelung hindern.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-09/cp220150de.pdf>

ECDC; Zunahme bei zoonotischen Viren/ Leitfaden für Testungen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 03.10.2022 vor einem starken Anstieg der sog. Hoch Pathogenen Aviären Influenza (HPAI) gewarnt und zugleich einen Leitfaden für entsprechende Testungen vorgelegt. Die „Seuchensaison“ 2021-2022 der HPAI weist die größten bisher in der EU festgestellten Fallzahlen auf. Dies betreffe sowohl Nutz- als auch Wildtiere. Neben der Quantität stoße die Verbreitung auch geographisch in neue Dimensionen: Sie reicht von den Svalbard-Inseln über Südportugal und den Osten bis zur Ukraine und betrifft 37 europäische Staaten. Zoonotische Influenzaviren, also Grippeviren, die in Tierarten wie Schweinen oder Vögel zirkulieren, können nicht nur sporadisch Menschen infizieren, sondern haben auch das Potenzial, eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darzustellen. Um die Ausbreitung einzudämmen, hat das ECDC einen Leitfaden veröffentlicht, um insbesondere den Arbeitsschutz beim Kontakt mit Tieren zu stärken.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/zoonotic-influenza-virus-infections-humans-testing-and-detection>

EP; Ausbau der Gesundheitsunion angenommen

Das EP hat am 04.10.2022 die Mandatserweiterung des europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie eine Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren angenommen. Mit der Mandatserweiterung soll die Krisenreaktionsfähigkeit des ECDC im Hinblick auf künftige Pandemien und grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren gestärkt werden. Neben einer „live“ Überwachung der epidemiologischen Entwicklungen soll insbesondere das Monitoring durch das ECDC ausgebaut werden. Zudem wird das ECDC künftig rechtlich nicht bindende Handlungsempfehlungen für das Risikomanagement aussprechen und eine „EU Health Taskforce“ mobilisieren können, die Mitgliedsstaaten (MS) lokal bei der Bekämpfung auftretender Gesundheitsgefahren unterstützen soll. Darüber hinaus hat das EP im Rahmen der Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren die Rolle der Kommission, und somit der EU-Ebene, gestärkt. Diese kann zukünftig einen EU-weiten Gesundheitsnotstand feststellen und die MS anhalten, Gegenmaßnahmen einzuleiten und entsprechende Vorhaltungen von medizinischen Gütern sicherzustellen. Die Verordnung sieht auch Regelungen zur gemeinsamen Beschaffung von Arzneimitteln und medizinischen Geräten vor. Beide Maßnahmen sollen zur Vollendung der EU -Gesundheitsunion beitragen und die in der Pandemie gewonnenen Erfahrungswerte abbilden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-10-04-TOC_DE.html

EP; USB-C Ladestecker Pflicht bei vielen elektronischen Geräten ab 2024

Am 04.10.2022 hat das EP mit 602 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen eine Änderung der Richtlinie über Funkanlagen beschlossen. Die Änderung zielt darauf ab, dass ab 2024 aufladbare Elektrogeräte (u.a. Smartphones, Tablets, Kameras und Kopfhörer) und ab 2026 Laptops einen USB-C Ladestecker haben müssen. Dadurch soll nur ein Ladekabel für die Aufladung der verschiedenen Geräte ausreichen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen zudem über die Ladeigenschaften neuer Geräte informiert werden, um einfacher zu wissen, ob neue Geräte mit existierenden Ladegeräten aufgeladen werden können. Ziel ist die Vermeidung von Elektromüll und Reduzierung der Kosten für Verbraucherinnen und

Verbraucher für neue Ladegeräte. Nach Schätzungen sollen Konsumenten insgesamt 250 Mio. EUR pro Jahr sparen und 11.000 Tonnen Elektromüll pro Jahr eingespart werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0338_DE.pdf

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien

Am 05.10.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer Neufassung der Rechtsvorschriften über Lebensmittelkontaktmaterial (FCM). Ziel der Überarbeitung ist es, die Lebensmittelsicherheit und die öffentliche Gesundheit zu verbessern, insbesondere durch die Verringerung des Einsatzes gefährlicher Chemikalien, die Verwendung innovativer, wiederverwendbarer und recyclebarer, umweltfreundlicher Verpackungslösungen zu unterstützen und die Transparenz zu erhöhen. Die Konsultation soll zur Ausarbeitung der neuen Rechtsvorschriften beitragen. Bis zum 11.01.2023 können Stellungnahmen eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12497-Überarbeitung-der-EU-Vorschriften-fur-Lebensmittelkontaktmaterial_de

EuGH; Fluggastrechte – Fluggastrechte – Ausgleichszahlung bei Teilflügen unterschiedlicher Luftfahrtunternehmen

Mit Urteil vom 06.10.2022 in der Rechtssache C-436/21 entschied der EuGH, dass der Ausgleichsanspruch für Fluggäste wegen großer Verspätung auch bei einem Flug mit direkten Anschlussflügen gilt, bei dem die Flüge von unterschiedlichen ausführenden Luftfahrtunternehmen durchgeführt werden. Es sei unerheblich, dass zwischen den Luftfahrtunternehmen keine rechtliche Beziehung bestünde. Der Begriff „direkte Anschlussflüge“ erfasse einen Beförderungsvorgang mit Ausgangspunkt in einem Mitgliedstaat von unterschiedlichen, nicht durch eine rechtliche Beziehung miteinander verbundenen ausführenden Luftfahrtunternehmen, wenn die Flüge von einem Reisebüro kombiniert wurden, das einen Gesamtpreis in Rechnung gestellt und einen einheitlichen Flugschein ausgegeben hat. Eine Gesamtheit im Sinne der Verordnung läge vor, wenn zwei oder mehr Flüge Gegenstand einer einzigen Buchung waren.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-10/cp220166de.pdf>

Kommission; Shopify verpflichtet sich, Einkauf in Online-Shops sicherer zu gestalten

Der multinationale Online-Händler Shopify hat sich am 07.10.2022 verpflichtet, mehrere Verbesserungen vorzunehmen, um den Einkauf für Kundinnen und Kunden sicherer zu machen und ihn mit den EU-Vorschriften in Einklang zu bringen. Dazu will Shopify ein schnelles und wirksames Melde- und Abhilfeverfahren für die nationalen Verbraucherschutzbehörden einführen und seine Vorlagen dahingehend ändern, dass die Händler transparentere Angaben gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern machen müssen. Zuvor waren bei den europäischen Verbraucherschutzzentren zahlreiche Beschwerden eingegangen. Diese bezogen sich hauptsächlich auf von der Plattform betriebene Internet-Shops, bei denen festgestellt wurde, dass sie illegale Praktiken betrieben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_6014

Kommission; Sondierungen zu EU-Vorschriften zu Elektro- und Elektronikaltgeräten

Zur Bewertung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus dem Jahr 2012 kann vom 03.10. bis 01.12.2022 eine Rückmeldung abgegeben werden. Die Richtlinie soll die Umwelt und die menschliche Gesundheit schützen, zu einer nachhaltigen Produktion sowie einem nachhaltigen Verbrauch beitragen und eine effiziente Ressourcennutzung durch die Vermeidung und Verwertung von Abfällen gewährleisten. Die Initiative soll die im Rahmen der Richtlinie erzielten Fortschritte bewerten, insbesondere ob die Ziele erreicht wurden und inwieweit die Richtlinie eine Kreislaufwirtschaft und eine umweltverträgliche Bewirtschaftung von Abfällen aus Elektro- und Elektronikgeräten unterstützen kann.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13420-Waste-from-electrical-and-electronic-equipment-evaluating-the-EU-rules_en

EP; Abstimmung zu persistenten organischen Schadstoffen im Abfall

Am 04.10.2022 verabschiedete das Plenum des EP die zuvor zwischen Rat und EP erzielte informelle Einigung zu den neuen Regeln für persistente organische Schadstoffe (POPs) und die Behandlung von Abfällen, die diese enthalten. Diese Regeln enthalten strengere Grenzwerte für persistente organische Schadstoffe und sollen eine giftfreie Umwelt sowie eine echte Kreislaufwirtschaft schaffen. Um die Lebensdauer von Produkten im Kreislauf zu schützen, müssen Materialien, deren POP-Gehalt über den neuen und reduzierten Grenzwerten liegt, vernichtet und dürfen nicht recycelt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die EU-Vorschriften mit den internationalen Verpflichtungen, vor allem dem Stockholmer Übereinkommen über POPs, und dem Green Deal der EU, insbesondere mit dem Ziel einer giftfreien Umwelt und einer echten Kreislaufwirtschaft, in Einklang stehen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220930IPR41925/parliament-backs-deal-to-reduce-harmful-chemicals-in-waste>

EP; Forderung nach Beendigung des illegalen Handels mit Wildtieren bis 2025

Im Vorfeld der UN-Konferenz zum Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES), die vom 14. bis 25. November 2022 in Panama stattfindet, hat das EP am 05.10.2022 mit 549 gegen 28 Stimmen bei 50 Enthaltungen seinen Standpunkt zu den strategischen Zielen der EU angenommen. Der illegale Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten, die auf der CITES-Liste stehen, soll nicht nur eingeschränkt, sondern ganz unterbunden werden, sodass es bis 2025 nur noch einen legalen und nachhaltigen Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen geben wird. Dies sei notwendig, weil der Handel mit Wildtieren eine Bedrohung für einzelne Tiere und Arten sowie für die Gesundheit von Mensch und Tier und für die Umwelt darstelle, so die Abgeordneten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220930IPR41929/meps-call-for-an-end-to-all-illegal-trade-in-wildlife-by-2025>

EP; Forderung nach besserem Schutz von Ozeanen und biologischer Vielfalt der Meere

Im Vorfeld der bevorstehenden Klima- und Biodiversitätskonferenzen COP27 und COP15 hat das EP am 06.10.2022 mit 468 zu 53 Stimmen bei 34 Enthaltungen eine Entschließung zur Stärkung der Meerespolitik und zum Schutz der biologischen Vielfalt der Meere angenommen. Das EP fordert die EU auf, eine Vorreiterrolle beim Schutz, der Wiederherstellung und der Sensibilisierung für die wichtige Rolle der Ozeane für die Erhaltung eines lebenswerten Planeten für Menschen und Tiere zu übernehmen.

Den Ozeanen käme eine starke Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel und für die vollständige Verwirklichung der Ziele des Pariser Abkommens sowie des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu.
<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220930IPR41937/parliament-demands-better-protection-for-oceans-and-marine-biodiversity>

L a n d w i r t s c h a f t

EP; Rat, Einigung zum Zugang zu EU-Gewässern

Das EP und der Rat erzielten am Abend des 28.09.2022 eine vorläufige Einigung hinsichtlich der Regeln für den Zugang von EU-Fischereifahrzeugen zu den Hoheitsgewässern der Mitgliedsstaaten (MS). Die Zugangsregeln zu nationalen Hoheitsgewässern – die am Ende des Jahres ausgelaufen wären – sollen um 10 Jahre verlängert werden, die bestehenden Beschränkungen für den Zugang zu biologisch sensiblen Gebieten werden jedoch beibehalten. Dauer und Umfang dieser Verlängerung kann im Rahmen einer künftigen Überprüfung der Fischereipolitik nach einer vorherigen Bewertung der Wirkung der politischen Maßnahme überprüft werden.
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/09/29/council-and-parliament-reach-provisional-political-agreement-on-access-to-union-waters-extending-the-current-rules-for-fishermen-for-another-ten-years/>

EP; Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung (SAIO)

Am 04.10.2022 hat das EP eine im Juni erzielte Einigung zwischen EP und Rat bezüglich neuer Vorschriften für die Erhebung von Daten über landwirtschaftliche Betriebsmittel und die landwirtschaftliche Erzeugung und damit zusammenhängende Tätigkeiten, einschließlich der Verwendung von Agrarchemikalien in landwirtschaftlichen Betrieben, mit 555 gegen 42 Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen. Mit der vorgeschlagenen Verordnung sollen Datenerhebungen über die tierische und pflanzliche Erzeugung, Agrarpreise sowie über Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel geändert und ergänzt werden. Die Verordnung ist Teil der Modernisierung des agrarstatistischen Systems der EU und tritt am 01.01.2025 in Kraft.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0341_DE.html

EP; Entwicklung einer nachhaltigen EU-Aquakultur

Das EP hat am 04.10.2022 einen Bericht der Berichterstatterin des EP, MdEP Clara Aguilera (S&D, ESP), über die nachhaltige Aquakultur in der EU mit 486 gegen 105 Stimmen und 27 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten hoben hervor, dass die EU-Aquakultur einen Beitrag zur Lebensmittelversorgung und zur Ernährungssicherheit leisten könne, indem sie nachhaltige und qualitativ hochwertige Lebensmittel mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck als die Landwirtschaft liefere. Damit unterstütze man ferner die Ziele des europäischen Green Deal und der Strategie "Vom Hof auf den Teller". Die Kommission sei aufgefordert, quantitative Wachstumsziele festzulegen, um die Entwicklung des Sektors zu fördern.
<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220930IPR41926/meps-support-development-of-sustainable-eu-aquaculture>

EP; Thunfischfang im Indischen Ozean

Das EP hat am 04.10.2022 einen Bericht über Thunfischfangmaßnahmen im Indischen Ozean mit 596 gegen 4 Stimmen und 22 Enthaltungen angenommen. Der Vorschlag

zielt darauf ab, die Maßnahmen für den Thunfischfang im Indischen Ozean in das EU-Recht zu übernehmen. Der mit dem Rat vereinbarte Text soll alle Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC) seit 2008 in EU-Recht umsetzen. Die EU ist seit 1995 Vertragspartei der IOTC, und die EU-Flotte gehört zu den drei größten Flotten, die in diesem Gebiet fischen, hauptsächlich tropische Thunfischarten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220930IPR41919/european-parliament-adopted-new-rules-for-tuna-fishing-in-the-indian-ocean>

Kommission; Bericht über die EU-Agrarmärkte

Am 05.10.2022 veröffentlichte die Kommission den jüngsten Bericht über die kurzfristigen Aussichten für die EU-Agrarmärkte. Die landwirtschaftliche Produktion in der EU ist laut Bericht weiterhin von den Folgen des völkerrechtswidrigen russischen Krieges in der Ukraine betroffen. Zudem habe die Witterung im Sommer vorwiegend die Sommerkulturen wie Mais, Sojabohnen und Sonnenblumen erheblich beeinträchtigt und stelle auch für Viehzüchter ein Problem dar, da die Tiere unter Hitzestress und Futtermangel gelitten hätten. Die Gesamterzeugung von Getreide werde auf 270,9 Mio. Tonnen geschätzt, 7,8% weniger als im letzten Jahr. Insbesondere beim Mais liege ein Rückgang um 55,5 Mio. Tonnen vor, was einem Minus von 23,7% im Vergleich zum Vorjahr entspreche. Dennoch bleibt der Agrarsektor in der EU laut Bericht stabil. Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in der EU sei nicht gefährdet. Die EU-Getreideausfuhren werden laut Bericht voraussichtlich 51 Mio. Tonnen erreichen und damit um 6,5% über denen der letzten Saison liegen. Ferner nehme der Handel mit Getreide weiterhin zu.

https://agriculture.ec.europa.eu/data-and-analysis/markets/outlook/short-term_en

Kommission; geografisches Schutzsiegel für „Peitzer Karpfen“

Am 05.10.2022 genehmigte die Kommission die Aufnahme des „Peitzer Karpfen“ in das Register der geografisch geschützten Angaben (g.g.A.). Die Region um den "Peitzer Karpfen" ist ein Zentrum der Brandenburger Fischereikultur. Der "Peitzer Karpfen" ist in DEU sehr beliebt und wird bundesweit vertrieben. Die neue Bezeichnung wird in die Liste der 1595 bereits geschützten landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufgenommen. Eine Liste aller geschützten geografischen Angaben findet sich in der eAmbrosia-Datenbank.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/peitzer-karpfen-erhalt-geografisches-schutzsiegel-2022-10-05_de

Kommission; Rückmeldung zur Durchführungsverordnung zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

In dem Zeitraum vom 06.10. bis 03.11.2022 können zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung hinsichtlich der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln Rückmeldungen abgegeben werden. Nach den EU-Vorschriften über Pflanzenschutzmittel müssen berufliche Verwender Aufzeichnungen über die Pflanzenschutzmittel führen, die sie verwenden. In der Aufzeichnung muss die Bezeichnung des Pflanzenschutzmittels vermerkt werden, der Zeitpunkt der Verwendung sowie die verwendete Menge und die behandelte Fläche und die Kulturpflanze, für die das Pflanzenschutzmittel verwendet wurde. Im Rahmen dieser Initiative wird festgelegt, wie diese Informationen aufzuzeichnen sind und dass die Aufzeichnungen in elektronischer Form geführt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13185-Pflanzenschutzmittel-von-beruflichen-Verwendern-zu-fuhrende-Aufzeichnungen_de

Kommission; Online-Portal „eLeniency“ für Kronzeugen- und Vergleichsverfahren aktualisiert

Die Kommission hat am 30.09.2022 ihr Online-Portal „eLeniency“ aktualisiert. Auf dem 2019 eingeführten eLeniency-Portal können Unternehmen und ihre Rechtsbeistände einseitig Erklärungen und Dokumente im Rahmen von kartellrechtlichen Kronzeugen- und Vergleichsverfahren sowie in Kooperationsverfahren, die keine Kartelle im eigentlichen Sinne betreffen, online einreichen. Bislang war der Zugang zu Dokumenten, die besonders geschützt sind – wie z.B. Ausführungen von Unternehmen – ausschließlich in den Geschäftsräumen der Kommission möglich. Mit der neuen Version des eLeniency-Portals können die Verfahrensbeteiligten nicht nur die Eingabe, sondern auch den Abruf von Dokumenten online vornehmen. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5845

Kommission; Rückmeldung zum Vorschlag zur Haftungsregelung von künstlicher Intelligenz möglich

Nachdem der Vorschlag für eine Richtlinie zur Haftungsregelung von künstlicher Intelligenz durch die Kommission angenommen wurde, können vom 03.10.2022 bis 28.11.2022 Rückmeldungen abgegeben werden. Ziel des Vorschlags ist, den Verbrauchern das gleiche Schutzniveau gegen Schäden wie bei konventionellen Technologien zu geben. Zudem sollen Unternehmen die Risiken und den Haftungsumfang kennen. Dazu werden zivilrechtliche Produkthaftungsregeln an die Herausforderungen durch künstliche Intelligenz angepasst. Opfern soll Zugang zu Informationen über KI-Systeme gegeben werden und es sollen widerlegbare Vermutungen eingeführt werden, um die Beweislast der Opfer zu erleichtern. Berechtigte Ansprüche sollen nicht durch die besonderen Beweisschwierigkeiten im Zusammenhang mit KI behindert werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13601-Liability-rules-for-Artificial-Intelligence-The-Artificial-Intelligence-Liability-Directive-AILD-de>

EP; MdEP fordern Kompromisslosigkeit gegenüber HUN

Im Rahmen der Plenartagung des EP am 04.10.2022 forderten die MdEP den anwesenden Haushaltskommissar Hahn auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommission beim Schutz der finanziellen Interessen der EU in HUN „keine Kompromisse“ eingehe. Hahn wies unterdessen auf 17 Abhilfemaßnahmen hin, die HUN vorgelegt habe, um Risiken für den EU-Haushalt zu minimieren. Die Maßnahmen bestünden u.a. in Änderungen beim Vergaberecht und der Einrichtung einer unabhängigen Task Force zur Korruptionsbekämpfung. Die Kommission werde die Umsetzung der angekündigten Abhilfemaßnahmen allerdings nach dem 19.11.2022 neu bewerten. Ein Großteil der MdEP adressierte zudem die Bitte an den Rat, eine rasche Entscheidung zu treffen und wie vorgeschlagen Zahlungen in Höhe von 7,5 Mrd. EUR für HUN einzufrieren.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220930IPR41924/protection-of-eu-budget-meps-warn-commission-to-not-compromise-with-hungary>

EuGH; Pandemie unterbricht nicht Überstellungsfrist

Der EuGH hat am 22.09.2022 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-245/21 und C-248/21 verkündet. Darin stellt er fest, dass die pandemiebedingte Aussetzung der Überstellung eines Asylbewerbers an den zuständigen Mitgliedstaat (MS) nicht die sechsmonatige Überstellungsfrist nach der Dublin-III-Verordnung unterbricht. Nach Ablauf der Frist sei dann der ersuchende MS für die Prüfung des Asylantrags zuständig.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=266108&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=144093>

EuGH; Recht auf Akteneinsicht bei Aberkennung internationalen Schutzes

Der EuGH hat am 22.09.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-159/21 verkündet. Darin stellt er fest, dass die ungarische Regelung nach der im Verfahren um Flüchtlingsschutzaberkennung erst nachträglich, nach Genehmigung und ohne Mitteilung der Entscheidungsgründe Akteneinsicht möglich sei, gegen EU-Recht verstößt. Dass sich die Asylbehörde hinsichtlich der Einschätzung der Gefahr für die nationale Sicherheit systematisch auf die nicht begründete Stellungnahme einer Fachbehörde stütze, sei ebenfalls unionsrechtswidrig.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0159&qid=1665710434497>

Europol; Innovationspreise verliehen

Am 04.10.2022 hat das Europäische Polizeiamt (Europol) im Rahmen der jährlichen European Police Chiefs Convention 2022 die Europol Excellence Awards im Bereich Innovation verliehen. Unter 70 Nominierungen von Strafverfolgungsbehörden aus 14 europäischen Mitgliedsstaaten, wurden zwei ausgewählt: Den Preis für das innovativste Strafverfolgungsprojekt erhielt die französische Gendarmerie für die Schaffung einer Plattform für KI-Tools und ein Preis für die innovativste Strafverfolgungsmaßnahme. Die Plattform umfasse die Analyse von Fingerabdrücken und ein Vergleichstool, eine Funktion zur Erkennung von Schusswaffen und Drogen, die Transkription von Sprache in Text, die Extraktion von Entitäten und automatische Übersetzungswerkzeuge in mehr als 100 Sprachen. Die Tools seien im Rahmen von EU-Horizont 2020-Projekten und unter Aufsicht der Datenschutzbehörde der französischen Gendarmerie entwickelt worden, so Europol. Der Preis für die innovativste Operation wurde dem deutschen Bundeskriminalamt (BKA) für die Operation HYDRA verliehen. Im April 2022 zerschlug das BKA in Zusammenarbeit mit den USA und Europol den weltweit größten Darknet-Marktplatz mit mehr als 16 Mio. Nutzern und einem geschätzten Jahresumsatz von mehr als 1,23 Mrd. EUR. Der innovative Ansatz des BKA habe dazu geführt, dass die gesamte kriminelle Infrastruktur unbrauchbar gemacht worden sei und zur Beschlagnahmung von mehr als 50 Servern und 1,9 Petabyte Daten geführt habe.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/europol-excellence-awards-in-innovation-2022>

Frontex; Situation an den EU-Außengrenzen zu Russland

Die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 05.10.2022 Zahlen zu den Migrationsbewegungen Russland betreffend veröffentlicht. Demnach habe sich allein in der Woche vom 26.09.2022 bis zum 02.10.2022 die Zahl der russischen Staatsangehörigen (53.000), die in die EU eingereist sind, um 20 % gegenüber der Vorwoche verringert. Die meisten Russen reisten demnach über finnische Grenzübergangsstellen in die EU ein, da FIN kurzfristig die geringsten

Einreisebeschränkungen unter den Nachbarstaaten zu Russland gehabt habe. Die Mehrheit der russischen Reisenden sei im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung oder eines Visums für einen Mitgliedstaat oder einen assoziierten Schengen-Staat, während andere Reisende eine doppelte Staatsbürgerschaft besäßen. Es werde jedoch erwartet, dass die Ankünfte aufgrund der strengeren Visapolitik der EU und der russischen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausreise von Männern im Militärdienst Alter weiter zurückgehen wird.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/update-situation-at-the-eu-s-land-borders-with-russia-zEpChN>

Europol; Arbeitsvereinbarung mit Katar zur Bekämpfung schwerer Kriminalität

Das Europäische Polizeiamt (Europol) und das Emirat Katar haben am 05.10.2022 eine Arbeitsvereinbarung zur Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität unterzeichnet. Zielsetzung der Vereinbarung ist die Schaffung eines sicheren Systems zum Informationsaustausch bzgl. Fachwissen, Lageberichten und Ergebnissen strategischer Analysen. Dabei sollen auch die mit Europol assoziierten Drittländer und Organisationen berücksichtigt werden.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/qatar-and-europol-sign-arrangement-to-combat-cross-border-serious-organised-crime>

Kommission; Ausbau der resc-EU-Flotte geplant

Die Kommission hat am 05.10.2022 vorgeschlagen, 170 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt zu verwenden, um ab Sommer 2023 die Boden- und Luftressourcen im Rahmen von rescEU zu verstärken. Die rescEU-Übergangsflotte würde somit künftig insgesamt 22 Flugzeuge, vier Hubschrauber und mehr einsatznah bereitstehende Bodenteams umfassen. Ab 2025 würde die Flotte durch die beschleunigte Beschaffung von Flugzeugen und Hubschraubern weiter ausgebaut werden. Begründet werden die Expansionsbemühungen v.a. mit der in Folge des Klimawandels gestiegenen Waldbrandgefahr.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5967

EuGH; Immaterieller Schadensersatz bei bloßem Ärger über Datenschutzverstoß

Der Generalanwalt am EuGH Manuel Campos Sánchez-Bordona hat am 06.10.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-300/21 vorgelegt. Dem gegenständlichen Vorabentscheidungsersuchen liegt dabei folgender Fall zugrunde: Eine beklagte Adresshändlerin verknüpfte ohne eine entsprechende Einwilligung Daten von Umfrageinstituten und Wahlstatistiken, um zu Personen in ihrer Kartei die Information zu speichern, an welcher Parteiwerbung die Person interessiert sein könnte. Der Kläger, dessen prognostizierte Parteiaffinität bisher nicht gegenüber Dritten offengelegt wurde, war verärgert über den Vorgang und die ihm zugeordnete Parteiaffinität. Für das österreichische Gericht stellte sich nun die Frage, ob und in welcher Höhe dem Kläger für den einzig vorgetragenen „Ärger“ ein immaterieller Schadensersatzanspruch zusteht. Der Generalanwalt hat in seinen Schlussanträgen nunmehr klargestellt, dass ein Schadensersatzanspruch nur entsteht, wenn ein Schaden nachgewiesen wird. Dies folge bereits aus dem Wortlaut der Norm. Außerdem habe der Schadensersatzanspruch die Funktion, einen zugefügten Schaden auszugleichen. Art. 82 Abs. 1 DSGVO habe nicht den Zweck, Unternehmen für datenschutzwidriges Verhalten zu bestrafen. Die Schlussanträge sind für den EuGH rechtlich nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=18F78EBA6FAD6A7E795E8756B3F0B732?text=&docid=266842&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&ir=&occ=first&part=1&cid=618525>

EUAA; Weiterhin hohe Zahlen bei Asylanträgen

Am 07.10.2022 hat die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) aktuelle Zahlen zur Lage bei den Asylanträgen in der EU veröffentlicht. Demnach habe die Zahl der Antragstellung den dritten Monat in Folge bei über 70.000 gelegen. Nach wie vor würden die meisten Antragsteller aus Syrien und Afghanistan stammen, aber auch die Zahl russischer Staatsangehöriger, die um internationalen Schutz ersuchen, habe mit 1.200 Asylanträgen ein hohes Niveau erreicht. Des Weiteren beobachtet die EUAA, dass die Zahl unbegleiteter Minderjähriger wieder auf dem Niveau von 2015 angekommen ist.

<https://euaa.europa.eu/news-events/asylum-applications-remain-high-levels>

Frontex; Risikoanalyse 2022/2023

Die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 07.10.2022 ihre Risikoanalyse 2022/2023 veröffentlicht. Hauptthemenschwerpunkte sind neben der allgemeinen Migrationslage u.a. der Einfluss des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, Dokumentenfälschung, illegale Grenzüberschreitungen, Schmuggel und Terrorismus. Der Bericht enthält außerdem noch einen Ausblick auf die laut Frontex zukünftigen Herausforderungen der EU beim Thema Grenzsicherheit durch Krisen wie die COVID-19-Pandemie und den Klimawandel.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-releases-its-risk-analysis-for-2022-2023-w4AWS>

Kommission; EU, USA; EU-USA Data Privacy Framework in US-Recht umgesetzt

Am 07.10.2022 hat der US-amerikanische Präsident Biden eine Verfügung erlassen, die die am 25.03.2022 erfolgte Einigung zwischen den USA und der EU zum Data Privacy Framework in amerikanisches Recht umsetzen soll. Das Data Privacy Framework regelt den Datenfluss von der EU in die USA und die anschließende Datenverarbeitung europäischer Daten in den USA. Ziel ist, ein ausreichendes Schutzniveau für europäische Daten in den USA zu garantieren. Insbesondere soll die neue Regelung die im Schrems-II Urteil genannten Lücken schließen. Der Zugriff der US-Geheimdienste auf europäische Daten wird begrenzt und es wird in den USA ein Gericht zur Überprüfung des Datenschutzes aufgebaut werden. Im Juli 2020 erklärte das Schrems-II Urteil (Rechtssache C 311/18) das Schutzniveau des damaligen Abkommens (Privacy Shield) für unzureichend. Als nächsten Schritt wird die Kommission auf dieser Grundlage den Entwurf eines Angemessenheitsbeschlusses ausarbeiten und das Annahmeverfahren einleiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_22_6045

Bildung und Kultur

Kommission; Kulturförderung; Mobilitätsprogramm; Culture Moves Europe

Am 10.10.2022 hat die Kommission das Programm "Culture Moves Europe" zur Förderung der Mobilität von Kulturschaffenden in Europa ins Leben gerufen. Das neue Programm richtet sich auch an Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine. Das mit 21 Mio. EUR für den Zeitraum 2022-2025 budgetierte Programm wird vom Goethe-Institut im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur durchgeführt. Es soll die Mobilität von rund 7.000 Künstlerinnen und Künstlern innerhalb der EU und darüber hinaus (westlicher Balkan, Island, Norwegen, Tunesien) durch zwei Arten von Maßnahmen fördern: die individuelle Mobilität und ab 2023 auch Künstleraufenthalte. Der erste Fördercall für die individuelle Mobilität in den Bereichen kulturelles Erbe,

Architektur, Design und Mode, literarische Übersetzungen, bildende Kunst und Performance-Kunst richtet sich an alle Staaten, die aktuell am EU-Programm Kreatives Europa teilnehmen. Die Begünstigten werden einen Zuschuss zur Deckung von Transport-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten erhalten. Das Programm Culture Moves Europe richtet sich ferner auch an Organisationen, die in allen kulturellen Bereichen (mit Ausnahme des audiovisuellen Sektors) tätig sind, regelmäßig Residencies oder andere Arten von ortsgebundenen Kulturprojekten organisieren und an der Aufnahme von Künstlern und Kulturschaffenden interessiert sind. <https://culture.ec.europa.eu/fr/creative-europe/creative-europe-culture-strand/culture-moves-europe-mobility-for-artists-and-professionals>

Kommission; Start der Herbstrunde von DiscoverEU

Am 11.10.2022 gab die Kommission den Beginn der Bewerbungsphase für die Herbstrunde von DiscoverEU bekannt. Das 2018 ins Leben gerufene Programm ermöglicht es jungen Menschen, die im vergangenen Jahr 18 Jahre alt geworden sind, mit Travel-Pässen 30 Tage lang mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch Europa zu reisen. Seit Beginn des Programms hat die Kommission 165 000 solcher Travel-Pässe ausgegeben. Anlässlich des „Europäischen Jahres der Jugend 2022“ stockt die Kommission die Anzahl der in dieser Bewerbungsrunde zu vergebenden Travel-Pässe auf 70.000 auf. Vor dem Start der Reisen werden die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber an nationalen Informationsveranstaltungen teilnehmen. Während ihrer Reise werden sie zu einem ein- bis dreitägigen Kulturprogramm und einem DiscoverEU-Treffen eingeladen. Auch nach dem Projekt erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich in offiziellen DiscoverEU-Gruppen online auszutauschen. Bewerbungen sind bis zum 25.10.2022, 12 Uhr, möglich. Hierfür müssen sich die Bewerberinnen und Bewerber auf dem Europäischen Jugendportal anmelden und fünf Quizfragen sowie eine Stichfrage beantworten. https://youth.europa.eu/discovereu_de

Kommission; Leitlinien für Lehrkräfte zur Bekämpfung von Desinformation

Am 11.10.2022 veröffentlichte die Kommission „Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch allgemeine und berufliche Bildung“. Diese verstehen sich als praxisbezogene Handreichung für Lehr- und Erziehungskräfte, um den Aufbau digitaler Kompetenzen, die Bekämpfung von Desinformation und die Bewertung digitaler Kompetenzen besser zu unterstützen. Die Kommission argumentiert, dass nur etwa die Hälfte der 15-Jährigen in der EU nach eigenen Angaben gelernt habe, subjektive oder einseitige Informationen zu erkennen. Daher müsse die Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Bekämpfung von Desinformation und der Förderung digitaler Kompetenzen dringend gestärkt werden. Die Leitlinien enthalten u.a. Empfehlungen, wie Lehrende den Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsbewussten Umgang mit den digitalen Medien vermitteln können. Hierzu gehören moderierte Gespräche über das eigene Mediennutzungsverhalten, aber auch Strategien zur Erkennung von Desinformation. Es sei bedeutsam, den Schülerinnen und Schülern zu verdeutlichen, dass die demokratischen Grundprinzipien und Grundwerte der Menschenrechte auch und gerade in der Anonymität des digitalen Raumes ihre Gültigkeit behalten, so die Kommission. Die Leitlinien sind Teil des Aktionsplans für digitale Bildung (2021–2027) und sollen zur Schaffung eines europäischen Bildungsraums bis 2025 beitragen. <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/a224c235-4843-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>

Europa nach den Wahlen: „LET hat gewählt“

LET hat turnusgemäß am 01.10.2022 ein neues Parlament, „Saeima“, gewählt. Nach Auszählung aller Wählerstimmen haben sieben Kandidatenlisten die zum Einzug ins Parlament erforderliche 5%-Hürde überschritten. Ilze Nagla vom lettischen Fernsehen hat am 04.10.2022 die Wahlergebnisse in der Hessischen Landesvertretung analysiert. Wahlsieger ist die liberal-konservative Partei „Neue Einheit“ (JV) mit 19% (gegenüber 6,69% im Jahr 2018). Nagla geht davon aus, dass der Kurs der erfolgreichen Regierung von Ministerpräsident Arturs Krišjānis Kariņš fortgesetzt wird. Seine pro-EU und pro-NATO Politik verstünden die Menschen in LET aufgrund des Angriffs von Russland auf die Ukraine als Garant für ihre nationale Sicherheit. Fraglich seien derzeit die Koalitionspartner. LET ist bekannt für schwierige Regierungsbildungen, sagte Nagla. Das Parteiensystem sei äußerst fragmentiert mit dominierenden liberalen, konservativen und rechten Kräften. Die Wahlbeteiligung lag bei 59%. Zweitstärkste Kraft wurde das oppositionelle „Bündnis der Bauern und Grünen (ZZS)“ mit 12,7% (gegenüber 9,91% im Jahr 2018). Die Grünen sind jedoch im Gegensatz zur vorherigen Wahl Teil des neuen Wahlbündnisses „Vereinigte Liste (AS)“ mit 11%. Die rechte „Nationale Allianz (NA)“ hat sich mit 11% (gegenüber 11,01% im Jahr 2018) kaum verändert. Die liberale proeuropäische Partei „Entwicklung/dafür!“, die bei der Wahl im Jahr 2018 bei über 12% lag, hat nur um 0,03% den Einzug ins Parlament verfehlt. Der große Verlierer dieser Wahl ist jedoch die sozialdemokratische, pro-russische Partei „Harmonie (SDPS)“ mit 4,8% (2018 noch bei 19,8%), die damit den Einzug ins Parlament verpasst hat. Demgegenüber hat die pro-russische Partei „Für Stabilität! (S)“, die erst im Januar 2021 neu gegründet wurde, mit 6,8% den Sprung ins Parlament geschafft. Ihr Programm zielt auf einen Umbau des Staates und der Stärkung der lettischen Unabhängigkeit bis hin zum Austritt aus der EU ab. Ebenfalls im Parlament vertreten sind die neu gegründete rechte Partei „Lettland Zuerst (LPV)“ sowie die „Progressiven (PRO)“. Bestimmende politische Themen im Wahlkampf waren aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Fragen zur nationalen Sicherheit Lettlands, steigende Energiekosten sowie die stetig ansteigende Inflation. Im Gespräch mit dem EU-Korrespondenten Moritz Koch vom Handelsblatt bekräftigte Nagla die uneingeschränkte Solidarität Lettlands mit der Ukraine. LET vertrete einen entschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Kurs gegen Russland. Man vertraue mehr der NATO als DEU oder FRA. Die zögerliche Haltung der deutschen Bundesregierung, die Ukraine zu unterstützen, werde in LET kritisch gesehen. Wirtschaftliches Ziel Lettlands sei es, eine von Russland unabhängige Energieversorgung zu erreichen.

Europa nach den Wahlen: Vorgezogene Parlamentswahlen in BUL

Am 02.10.2022 haben die bulgarischen Bürgerinnen und Bürger zum vierten Mal in nur eineinhalb Jahren die 240 Mitglieder der bulgarischen Nationalversammlung neu gewählt. Die Inflation und die hohen Energiepreise haben den Wahlkampf dominiert. Es sei sehr gut möglich, dass aus diesen Neuwahlen erneut keine stabile Regierung hervorgeht, sagte Desislava Apostolova vom Bulgarischen Nationalen Fernsehen im Gespräch mit Ingrid Steiner Gashi vom österreichischen KURIER am 03.10.2022 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel. Die Wahlbeteiligung mit 37,8% war extrem niedrig. Sieben Parteien hatten die Sperrklausel von 4% überwunden und werden nach Auszählung von 99,84% der Stimmen in das neue Parlament einziehen. In BUL gibt es für den Einzug ins Parlament eine vier-Prozent-Klausel. Die Partei „Es gibt ein solches Volk (ITN)“ von Slavi Trifonov, die im Juli 2021 stärkste Kraft mit mehr als 24% der Stimmen wurde, hat es mit 3,83% nicht ins Parlament geschafft. Die Mitte-Rechts-Partei „Bürger für die europäische Entwicklung (GERB)“ des ehemaligen

Ministerpräsidenten (2017), Bojko Borissow, wurde mit 25,36% der Stimmen stärkste Kraft. Die Reformpartei „Wir setzen den Wandel fort (PP)“ des zuletzt regierenden Ministerpräsidenten Kyril Petrov, der die Wahlen im November 2021 gewonnen hatte, liegt nun mit 20,2% der Stimmen auf Platz zwei. Die „Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS)“, die in erster Linie die Interessen der türkischen Minderheit vertritt, kommt mit 13,71% der Stimmen auf Platz drei. Man vermutet, dass sie eine zentrale Rolle bei der Regierungsbildung spielen könnte, betonte Desislava Apostolova. Einen der größten Erfolge bei diesen Wahlen hatte die antieuropäische, rechtsextreme und prorussische Partei „Wiedergeburt“, deren Stimmenanteil sich mit 10,17% mehr als verdoppelt hat. Die „Sozialistische Partei (BSP)“, die lange Zeit die größte Fraktion im Parlament gewesen sei, belegte bei den Wahlen mit nur 9,31% den fünften Platz. Das Schlusslicht mit 4,63% bildete die neu gegründete prorussische Partei „Bulgarischer Aufstieg (BW)“ des ehemaligen geschäftsführenden Ministerpräsidenten Stefan Janew, die auf Anhieb mit 12 Sitzen ins Parlament einzieht. Die GERB werde, so Apostolova, die Unterstützung von mindestens zwei weiteren Parteien für eine Mehrheit im Parlament benötigen. Im Gespräch mit Ingrid Steiner-Gashi, die die Veranstaltung moderiert hat, zeigte Apostolova u.a. verschiedene Szenarien für eine Regierungsbildung auf. Bislang habe sich die PP geweigert, mit der GERB eine Koalition einzugehen. Vielleicht gäbe es doch eine Möglichkeit, wenn Borissow abtreten würde. Eine weitere Möglichkeit sei, dass Staatspräsident Rumen Radev eine neue geschäftsführende Regierung einsetzen könnte.

Europa im Gespräch mit dem Leiter des Kasseler Klimaschutzrats, Bischof em. Prof. Dr. Martin Hein

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, sprach der Leiter des Kasseler Klimaschutzrats und Bischof em. der evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Prof. Dr. Martin Hein, am 05.10.2022 in der Hessischen Landesvertretung zum Thema „Ist Klimaneutralität utopisch?“ Die Veranstaltung fand in der Reihe „Europa im Gespräch“ statt. Der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Uwe Becker, betonte in seiner Begrüßung, Klimawandel und Umweltzerstörung seien existenzielle Bedrohungen für Europa und die Welt. Es sei positiv, dass die EU auf diese Bedrohungen reagiert und mit dem europäischen Grünen Deal den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten Wirtschaft skizziert habe. Der Klimaschutzrat der Stadt Kassel habe einen vielversprechenden Maßnahmenkatalog für die kommunale Ebene vorgelegt. Bischof em. Prof. Dr. Hein machte in seinem Vortrag zunächst deutlich, dass der Einsatz für eine weltweite Verminderung des CO₂-Ausstoßes stets mit Einsprüchen und Widerständen konfrontiert sei. Klimaneutralität zu erreichen, sei dennoch nicht utopisch. Voraussetzung dafür sei der politische Wille und die Bereitschaft zu weitreichenden Verhaltensänderungen auf internationaler, nationaler, lokaler und persönlicher Ebene. Es ginge um einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Dieser sei jedoch nicht allein durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Gesetze und Verordnungen zu erreichen. Erfolgversprechender sei es, Verhaltensänderungen über die Einsicht in die Sinnhaftigkeit von Regelungen zu bewirken. Bezogen auf den Klimaschutz bedeute dies, dass Verhaltensänderungen wie der Verzicht auf das eigene Auto nicht nur als Verzicht empfunden würden, sondern einen konkreten Nutzen nach sich zögen, wie beispielsweise attraktivere Angebote im öffentlichen Nahverkehr. Im Anschluss stellte sich Bischof em. Prof. Dr. Hein den Fragen von Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Dabei benannte Bischof em. Prof. Dr. Hein den individuellen Voluntarismus sowie Konzepte, die nicht im Appellativen oder Moralischen verharren, sondern die Attraktivität des Klimaschutzes in den Vordergrund stellen, als vielversprechendste Mittel zur Erreichung von Klimaneutralität.

Tagung der Europakoordinatoren der Hessischen Landesregierung in Brüssel

Vom 10./12.10.2022 trafen sich die Europakoordinatoren der Hessischen Ministerien zu einer Tagung in Brüssel. Die Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel hatte ein umfangreiches und informatives Programm zu aktuellen Themen der Europapolitik zusammengestellt. So trafen sich die Europakoordinatoren unter anderem mit Gesprächspartnern der Generaldirektionen der Kommission, der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, eines Think-Tanks und eines Wirtschaftsinstituts zu den Themen Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Energiesicherheit, Regionalpolitik, Klimaschutz, Digitalpolitik, Agrarpolitik, Industriepolitik und Stabilitäts- und Wachstumspakt. Weiterhin fanden zu den genannten Themen Gespräche mit den MdEP Michael Gahler (EVP/DEU), MdEP Alexandra Geese (GRÜNE/DEU) und MdEP Martin Häusling (GRÜNE/DEU) statt. Ebenfalls fand ein Gespräch mit der Leitung des Büros des Länderbeobachters statt. Die Europakoordinierung ist ein interministerielles Gremium, das sich in regelmäßigen Sitzungen zu EU-Themen austauscht, mit dem Ziel eines gemeinsamen und kohärenten Vorgehens in der hessischen Europapolitik. In jedem Fachressort gibt es eine Europakoordinatorin oder einen Europakoordinator, die/der Ansprechpartner für alle EU-Angelegenheiten des Ressortkreises ist und diese koordiniert.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

20./21.10. Ukraine
Energie
Fragen der Wirtschaft
Außenbeziehungen

Rat

17.10. Rat Auswärtige Angelegenheiten
17./18.10. Rat Landwirtschaft und Fischerei
18.10. Rat Allgemeine Angelegenheiten
19.10. Dreigliedriger Sozialgipfel
20./21.10. Informeller Rat Verkehr, Telekommunikation, Energie
(Verkehr)
24.10. Rat Umwelt
25.10. Rat Verkehr, Telekommunikation, Energie (Energie)

Europäische Kommission

- 18.10. Arbeitsprogramm der Kommission
Ggf. Aktuelle Energiefragen
- 26.10. Mitteilung zu Düngemitteln
Paket Umweltverschmutzungsfreiheit
Integriertes Wassermanagement – überarbeitete Liste der
Oberflächen- und Grundwasserschadstoffe
Überarbeitung der EU-
Umgebungsluftqualitätsgesetzgebung
Überarbeitung der städtischen Abwasserklärungs-
Richtlinie
Entwicklung der Post-Euro6-Emissionsstandards für
Autos, Lieferwagen, Lkws und Busse
Sofortzahlungsverordnung

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 17.-20.10.2022 in Straßburg

- Klimaschutzkonferenz 2022 der Vereinten Nationen (COP27) in Scharm El-Scheich (Ägypten) – Anfragen zur mündlichen Beantwortung
- Rechtsstaatlichkeit in Malta fünf Jahre nach der Ermordung von Daphne Caruana Galizia - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Gemeinsame Aussprache - Kraftstoffe 1
- Nachhaltige Schiffskraftstoffe (Initiative „FuelEU Maritime“) - Bericht: Jörgen Warborn (A9-0233/2022)
- Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe - Bericht: Ismail Ertug (A9-0234/2022)
- Leitlinien für die beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten - Bericht: Alicia Homs Ginel
- Die Rechnungen niedrig halten: soziale und wirtschaftliche Folgen des Krieges in der Ukraine – Erklärungen des Rates und der Kommission
- Geistige Gesundheit - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Spezifische Bestimmungen zum Umgang mit Beeinträchtigungen der Programmdurchführung bei aus dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument und im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ unterstützten Kooperationsprogrammen des Zeitraums 2014-2020 - Bericht: Michael Gahler
- Anpassung einer Reihe von Rechtsakten im Bereich Justiz an Artikel 290 AEUV (delegierte Rechtsakte der Kommission) - Empfehlung für die zweite Lesung: Jiří Pospíšil (A9-0237/2022)

- Der Beitritt von ROM und BUL zum Schengen-Raum - Entschließungsanträge
- Lage in Burkina Faso nach dem Staatsstreich - Entschließungsanträge 4
- Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 GO: Verlängerung der Laufzeit der Genehmigung von 8-Hydroxychinolin - Entschließungsanträge
- Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2023 – alle Einzelpläne - Bericht: Nicolae Ștefănuță, Niclas Herbst
- Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 - Erklärung der Kommission
- Auswirkungen des russischen Einmarschs in die Ukraine auf die Migrationsströme in die EU – Erklärungen des Rates und der Kommission
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 20./21.10.2022 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Erläuterung des Jahresberichts 2021 des Rechnungshofs
- Fortgesetzte Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums in Anbetracht des aktuellen Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (C-368/20) - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Weltweite Ernährungssicherheit - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Rolle von Belarus im russischen Krieg gegen die Ukraine - Erklärungen der Kommission
- Beziehungen EU - Westlicher Balkan - Erklärungen der Kommission
- Ergebnisse der ersten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Prag
- Forderung nach einer Strategie für vermisste und gefährdete Personen und Kinder - Erklärungen der Kommission
- Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut - Erklärungen der Kommission
- Beschönigung der antieuropäischen extremen Rechten in der EU - Debatte aus aktuellem Anlass

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|--|
| 18.10.2022 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-677/20 IG Metall und ver.di Unternehmensmitbestimmung in einer durch Umwandlung gegründeten SE |
| 19.10.2022 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-543/21 Verband Sozialer Wettbewerb (Pfandbehälter) |

Preisangaben bei Pfandprodukten

- 20.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-111/21
Laudamotion
Haften Fluglinien auch für psychische Unfallfolgen?
- 20.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-77/21 Digi
Speicherung von Kundendaten in zusätzlicher Datenbank
wegen Serverstörung
- 20.10.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der
Rechtsmittelsache C-376/20 P Kommission / CK
Telecoms UK Investments
Verbot der geplanten Übernahme von O2 durch Hutchison
- 20.10.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-365/21 General-staatsanwaltschaft
Bamberg (Vorbehalt zum Grundsatz ne bis in idem)
Verbot der Doppelbestrafung
- 27.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-129/21
Proximus (Öffentliche elektronische Telefonverzeichnisse)
Löschung aus öffentlichen Telefonverzeichnissen und bei
Auskunftsdiensten
- 27.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-721/20 DB
Station & Service
Überprüfung der Höhe der Entgelte für die Nutzung von
Bahninfrastruktur
- 27.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-390/21
ADPA und Gesamtverband Autoteile-Handel
Fahrzeugreparatur- und –Wartungsinformationen
- 27.10.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-470/21 La Quadrature du Net u.a.
(Personenbezogene Daten und Bekämpfung von
Urheberrechtsverletzungen)
Erhebung der Identitätsdaten zu IP-Adressen
- 27.10.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-688/21 Confédération paysanne u.a.
(Zufallsmutagenese in vitro)
Mutagenese
- 27.10.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in
den verbundenen Rechtssachen C-514/21 und C-515/21
Minister for Justice and Equality (Aufhebung der
Aussetzung zur Bewährung) Europäischer Haftbefehl

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 28.10.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

